



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

65. Sitzung (öffentlich)

24. September 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 16:05 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU)

Protokoll: Iris Staubermann

Kitaschließungen verhindern – Trägervielfalt bewahren!

3

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8451

– Anhörung von Sachverständigen

* * *

Vorsitzende Margret Voßeler: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße die Ausschussmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer. Ebenfalls begrüße ich die Sachverständigen sehr herzlich, die der Einladung zu der heutigen Veranstaltung nachgekommen sind.

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist Ihnen mit der Nummer E 16/1294 zugegangen. Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Daher rufe ich auf:

Kitaschließungen verhindern – Trägervielfalt bewahren!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8451

– Anhörung von Sachverständigen

Der Antrag ist vom Plenum in seiner 83. Sitzung am 29. April 2015 nach Beratung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend zur alleinigen Beratung überwiesen worden. Der Ausschuss hat in seiner Sitzung am 13. Mai 2015 beschlossen, eine Anhörung von Sachverständigen durchzuführen. Mit Schreiben der Landtagspräsidentin vom 24. Juni 2015 wurden die Sachverständigen zur Anhörung geladen. Die anwesenden Sachverständigen begrüße ich noch einmal sehr herzlich. Ich freue mich, dass Sie den Mitgliedern des Ausschusses heute für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen.

Hinweisen möchte ich auf die vorab eingegangenen Stellungnahmen. Für diese möchte ich mich ausdrücklich im Namen des Ausschusses bedanken. Überstücke der Stellungnahmen und des Tableaus finden Sie am Eingang ausgelegt.

Zum weiteren Ablauf gebe ich folgende Hinweise: Ich möchte den Sachverständigen bei Bedarf Gelegenheit zu einem kurzen Eingangsstatement von zwei bis drei Minuten geben. Gehen Sie dabei davon aus, dass die Abgeordneten Ihre schriftlichen Stellungnahmen gelesen haben.

Im Anschluss kommen wir dann zu den Fragen der Abgeordneten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an unsere Vereinbarung im Kreis der Obleute, wonach in der ersten Fragerunde jede Fraktion einmal Gelegenheit haben soll, Fragen zu stellen. Ich darf die Kolleginnen und Kollegen bitten, sich pro Fragerunde auf zwei bis drei Fragen zu beschränken. Benennen Sie bitte auch immer den Sachverständigen, an den Sie eine Frage richten. Ich gehe davon aus, dass wir die Anhörung gegen 16:30 Uhr beenden können. Aber das haben wir selbst in der Hand.

Ich beginne mit dem Aufruf zu Ihren Eingangsstatements in der Reihenfolge des Tableaus. Es beginnt die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände. Herr Dr. Menzel, bitte schön!

Dr. Matthias Menzel (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW) (Stellungnahme 16/2992): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die kommunalen Spitzenverbände bedanken sich sehr herzlich für die Einladung zur heutigen Anhörung und möchten ergänzend zur Stellungnahme vom 11. September 2015 auf Folgendes hinweisen: Der Antrag der CDU-Fraktion greift aus unserer Sicht durchaus das zentrale Finanzierungsthema aus dem Bereich des Kinderbildungsgesetzes auf. Insbesondere die Problematik der Dynamisierung ist aktuell ein ganz zentrales Problem. Wir halten vor dem Hintergrund eine politische Flankierung für sinnvoll, wie sie von der CDU letztlich mit dem Antrag vorgenommen wird.

Die kommunalen Spitzenverbände sind in der Angelegenheit bislang natürlich nicht untätig geblieben. Seit längerem laufen sowohl mit dem Jugendministerium als auch mit den freien Trägern und mit den beiden Kirchen Gespräche zur KiBiz-Finanzierung. Bereits Anfang dieses Jahres hat die Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege das Jugendministerium gebeten, eine Erhebung zur Auskömmlichkeit der KiBiz-Finanzierung durchzuführen. Diese Erhebung wurde intensiv abgestimmt und befindet sich aktuell in der Endabgabe. Einige Tageseinrichtungen haben offenbar noch nicht abgegeben. Wenn ich das richtig verstanden habe, läuft parallel aber bereits eine erste Auswertung durch die TU Dortmund bzw. durch das Ministerium. Das können Sie im Einzelnen den schriftlichen Stellungnahmen entnehmen. Von der Umfrage sollen 200 Einrichtungen umfasst werden.

Sobald die Daten vorliegen, sind die kommunalen Spitzenverbände gerne bereit, in Verhandlungen mit dem Jugendministerium einzutreten. Dabei werden gerade vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Gutachten von Professor Schmidt – das ist das Landtagsgutachten – und Professor Löwe – das ist das Gutachten aus dem MFKJKS – auch Konnexitätsfragen zu klären sein. In diesem Zusammenhang begrüßen die kommunalen Spitzenverbände Überlegungen von Teilen der Landesregierung. Es gibt aktuelle Presseberichte von Bündnis 90/Die Grünen, wonach kurzfristig ein Kita-Rettungspaket auf den Weg gebracht werden soll. Es soll offenbar noch in 2015 auf den Weg gebracht werden. Kritisch sehen wir allerdings die Forderung, wonach die Kommunen anteilig an den Kostensteigerungen beteiligt werden sollen.

Wir halten es nicht für akzeptabel, bereits jetzt zu versuchen, das Ergebnis der noch ausstehenden Gespräche mit dem Jugendministerium vorwegzunehmen. Darauf muss ich ausdrücklich hinweisen. Daher stellen wir uns entschieden gegen solche Forderungen, zumal die kommunale Seite heute bereits mindestens 50 % der Kita-Kosten trägt.

Perspektivisch wünschen wir uns eine durchaus große Reform des KiBiz-Systems, wahrscheinlich nicht mehr in dieser Legislaturperiode, sondern zu Beginn der nächsten Legislaturperiode. Aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände sind folgende Punkte dabei von besonderem Interesse:

Es geht um die Absenkung des vergleichsweise hohen kommunalen Trägeranteils. Es geht auch um die Berücksichtigung der Tatsache, dass die Kommunen beträchtli-

che Trägeranteile von Dritten übernehmen. Das ist Fakt. Eine aktuelle Datenerhebung haben wir dazu allerdings nicht. Aber wir bekommen immer mehr Rückmeldungen aus den Mitgliedskommunen, wonach beträchtliche Trägeranteile von Dritten übernommen werden.

Wir wünschen uns im Rahmen eines Gesamtpaketes landesweit einheitliche Elternbeiträge. Die wären für uns zumindest deutlich wichtiger als ein gebührenfreies letztes Kindergartenjahr. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Marita Haude (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen) (Stellungnahme 16/2977): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Für die Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege danke ich für die Einladung und die Möglichkeit, schriftlich zum Antrag der CDU Stellung nehmen zu können. Ich will dieses Eingangsstatement bewusst auf einige geringe Hinweise begrenzen.

Die Freie Wohlfahrtspflege hat bereits mit der Einführung des KiBiz auf die zu geringe Anpassung durch die vorgesehenen 1,5 % hingewiesen. Damit alleine waren die tariflichen Steigerungen der vergangenen Jahre nicht aufzufangen. Die nicht auskömmliche Finanzierung war bereits Gegenstand vieler Anhörungen hier im Hause, vieler Stellungnahmen und Gespräche mit Politik und dem Ministerium. Trotz erfolgter Revision waren damit keine spürbaren Entlastungen für die Träger verbunden.

Die Freie Wohlfahrtspflege hat immer an dem Nachweis mitgewirkt, warum die pauschalierte Finanzierung nicht ausreichend sein kann. Die Daten liegen über www.kiBiz-web.de vor. Auch an der von Herrn Dr. Menzel eben angesprochenen Maßnahme zur Feststellung der Auskömmlichkeit waren wir beteiligt. Diese Daten werden in kurzer Zeit vorliegen. Darüber konnten immer wieder trügerspezifische Auswertungen vorgelegt werden.

Die Gründe sind allen Beteiligten sicherlich bekannt. Die aufgrund der Tarifabschlüsse gestiegenen Personalkosten konnten in den vergangenen Jahren nicht aufgefangen werden. Der U3-Ausbau hat Anforderungen an die Kindertagesbetreuungen gestellt, die zu erhöhten Betriebskosten geführt haben, unter anderem durch geringere Platzzahlen, aber auch durch einen erhöhten Einsatz von Fachkräften. Die Betriebskosten waren auch erhöht, weil sich die Rahmenbedingungen verändert haben. Durch den U3-Ausbau haben wir deutlich größere Raumanforderungen. Wir haben aber auch Mehraufwendungen, zum Beispiel bei den Energiekosten.

Zusätzliche Aufgaben wie die Betreuung von Kindern über Mittag fordern einen zusätzlichen Personaleinsatz, der zurzeit mit der Verfügungspauschale ausschließlich über das Land und die Träger finanziert wird.

Die insgesamt gestiegenen Kosten können von den Trägern nicht mehr aufgefangen werden. Durch die anstehenden tariflichen Auseinandersetzungen erwarten wir weiter steigende Personalkosten, die auch von uns freien Trägern nachvollzogen werden müssen.

Wir versuchen zurzeit, die Kosten aufzufangen, indem wir Personal reduzieren. Das ist sehr bitter, wenn man über die Qualität in Kindertageseinrichtungen nachdenkt. Die Reduzierung hat immer dort ihre Grenze, wo die personelle Mindestbesetzung nicht eingehalten werden kann. Es wirkt sich schon sehr deutlich auf die Freistellungsstunden bei den Leitungen auf.

Die freien Träger erwarten ein politisches Signal, dass im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen bereits zum 1. Januar 2016 eine strukturelle Verbesserung der Situation durch die Anhebung der Kind-Pauschalen und des Anpassungsfaktors umgesetzt wird. Zu diesem Sachverhalt haben wir im Zuge der Haushaltsberatungen bereits die im Landtag vertretenen Fraktionen angeschrieben. Wir erwarten auch, dass sich Land, Kommunen und Träger bzw. die Eltern nach wie vor gemeinsam an der Finanzierung der Kindertagesbetreuung beteiligen. Wir fordern strukturelle Anpassungen. Der in der Presse vielfach zitierte sogenannte Rettungsfonds ist unseres Erachtens keine dauerhafte Möglichkeit, um dazu beizutragen, die Auskömmlichkeit der Einrichtungen zu gewährleisten. Es wäre der falsche Weg, da wir davon ausgehen, dass deutlich mehr als 50 % inzwischen nicht mehr auskömmlich finanziert werden können.

Wir möchten ein sehr deutliches Signal setzen, dass wir als freie Träger weiterhin interessiert und gewillt sind, bei der Kindertagesbetreuung in dem bisherigen Umfang aktiv zu bleiben und die drohenden Schließungen nur im Notfall umzusetzen. – Vielen Dank.

Klaus-Heinrich Dreyer (Landschaftsverband Rheinland) (Stellungnahme 16/2949): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu Anfang auf Herrn Dr. Menzel von den kommunalen Spitzenverbänden zurückkommen. Ich möchte die Aussage unterstreichen, dass es neben der auskömmlichen Kita-Finanzierung ein weiteres Thema gibt, was mit der Finanzierung insgesamt zu tun hat. Ich weiß nicht, welches Thema der größere Skandal ist. Ich meine die Elternbeiträge und die enormen Unterschiede, die es seit der Gesetzesänderung 2006 gegeben hat. Der Bund der Steuerzahler hat dieses Thema in der letzten Woche auch für sich entdeckt.

Ich komme zum Thema der heutigen Anhörung. Der Tatbestand ist klar. Seit 2007 ist die Lücke zwischen den KiBiz-Pauschalen und den tatsächlichen Kosten auf knapp 10 % angestiegen. Im Kontext dieser Diskussion wird vom Verfahren immer wieder auf die Untersuchung abgehoben, die vom Ministerium, aber auch im Einvernehmen mit den anderen Akteuren in Auftrag gegeben worden ist. Das ist auch richtig so. Vor allen Dingen ist es richtig, den Stand der Rücklagen einzubeziehen. Ich will rechnerisch aber auf eines hinweisen. Wir hatten 2011 einen Rücklagenbestand von rund 200 Millionen €. Ich denke, dieser ist inzwischen weiter abgeschmolzen. Selbst, wenn man diese Höhe zugrunde legt und von Eigentümereinrichtungen mit einem Umfang von 75 % ausgeht, macht es pro Einrichtung eine Rücklage von 30.000 €. Es ist mehr als angemessen, das zugrunde zu legen. Die Mieteinrichtungen habe ich an dieser Stelle völlig vernachlässigt.

Die mangelnde Auskömmlichkeit ist genannt worden. Als Vertreter des Landschaftsverbandes muss ich an dieser Stelle einer großen Sorge Ausdruck geben. Frau Hau-de hatte eben auf die Reduzierung von Personal hingewiesen. Das Ganze geht inzwischen so weit, dass die von uns finanzierten Zusatzkräfte in Kitas, in denen Kinder mit Behinderung betreut werden, de facto ganz oft die Aufgaben von regulärem Personal übernehmen, sodass eine bedarfsgerechte Förderung von Kindern mit Behinderung vielleicht sogar infolge dieser Entwicklung infrage steht. Über die Art und Weise, wie man tätig werden kann, kommen wir gleich vielleicht noch einmal ins Gespräch.

Ich möchte zum Schluss noch einmal das Thema Rettungspaket aufgreifen. Es hat mich als Verwaltungsmenschen ein bisschen erschreckt. Ich hoffe nicht, dass ein Sonderprogramm gemeint ist. Das würde alle Träger von den Jugendämtern bis hin zu uns Landschaftsverbänden wieder mit riesigen bürokratischen Lasten beschäftigen. Ich glaube, das kann man unter Einbeziehung aller Beteiligten viel dringlicher in andere Sachaufgaben stecken. – Danke schön.

Chantal Schalla (Kinder- und Jugendrat Nordrhein-Westfalen) (Stellungnahme 16/2996): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind als Kinder- und Jugendrat natürlich ein bisschen genereller an das Thema herangegangen. Es sind schon sehr viele Zahlen gefallen. An das Thema sind wir natürlich nicht gegangen.

Wir wünschen uns eine Evaluation, um zu klären, ob das bisherige Trägersystem überhaupt noch funktioniert. Es sollten die Fragen einbezogen werden, ob es Sinn macht, zwischen reichen und armen Trägern zu unterscheiden und wie es mit der Finanzierung von privaten Trägern aussieht. Das sieht in anderen Bundesländern wie zum Beispiel Bayern ganz anders aus. Dort macht man zwischen den Trägern gar keine Unterschiede. Wir würden uns wünschen, das mit in Betracht zu ziehen. – Ich gebe an Lucas Thieme weiter.

Lucas Thieme (Kinder- und Jugendrat Nordrhein-Westfalen) (Stellungnahme 16/2996): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich möchte ergänzen, aus Sicht der Kinder ist der Träger nicht unbedingt entscheidend. Wichtig ist für die Kinder, was bei ihnen ankommt. Ich möchte hervorheben, die besondere Förderung von Kindern zum Beispiel durch Inklusion muss schmackhaft gemacht werden. Das heißt, eine besondere Förderung der Kinder muss auch besonders unterstützt werden.

Klaus Eberl (Evangelische Landeskirche NRW) (Stellungnahme 16/2958): Verehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die evangelischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen ist die Arbeit in Kindertagesstätten profilbildend und ein wichtiger Dienst an und in der Gesellschaft. Wir alle wissen, welche Bedeutung Elementarbildung zur Herstellung von Bildungsgerechtigkeit, zur Einlösung des Inklusionsanspruchs und zum Beispiel im Bereich der U3-Betreuung hat.

Die Kirchen engagieren sich sehr gerne in diesem Bereich, aber sie sind finanziell an der Kante, um das salopp zu sagen. Aufgrund der Unterfinanzierung der Elementarbildung sind viele Kirchengemeinden in eine existenziell bedrohliche Situation gekommen. Sehr viele Gemeinden überlegen mittlerweile, die Einrichtungen abzugeben. Nachdem sie schon viele andere Arbeitsfelder reduziert haben, um ihre Kitas zu erhalten, bleibt jetzt nur noch, die Kitas abzugeben. Das System muss so ausgestattet werden, dass die Gemeinden weiterhin ihre Einrichtungen tragen können.

Diese Unterfinanzierung der Elementarbildung ist von Anfang an im Gesetz angelegt gewesen. Wir hatten seinerzeit eine Kostenanalyse aus dem Jahr 2005. Als das Gesetz an den Start ging, waren schon zwei Tarifrunden gelaufen, die nicht berücksichtigt worden sind. In allen Jahren war der 1,5-%ige Dynamisierungsfaktor zu niedrig, um die Steigerung der Personalkosten aufzufangen. Das hat dazu geführt, dass mittlerweile die meisten Gemeinden bei 85 bis 90 % der Personalkosten liegen. Im Sachkostenbereich – Unterhalt der Gebäude usw. – bleibt kaum noch Luft, um die Einrichtungen zu betreiben.

Wir halten einen Notfonds, der nur die notleidenden Träger in den Blick nimmt, in dieser Situation für wenig hilfreich. Das KiBiz ist, anders als wir am Anfang gehofft haben, schon kompliziert genug. Diese Geschichte würde den Verwaltungsaufwand nur weiter erhöhen. Wir glauben genauso wie Frau Haude, schon zum 1. Januar muss ein Signal zu einer Erhöhung der KiBiz-Pauschalen kommen, und zwar um den im Moment in der Debatte stehenden Tarifabschluss plus einem Faktor X, der zumindest teilweise die in der Zwischenzeit entstandenen Defizite auffängt. Langfristig benötigen wir ein neues Gesetz. Es wird wahrscheinlich nicht in dieser Legislaturperiode zu schaffen sein. Aber man muss mit der Arbeit an einem neuen Gesetz jetzt schon beginnen, damit relativ schnell ein neues System entsteht. – Vielen Dank.

Dr. Antonius Hamers (Katholisches Büro Nordrhein-Westfalen) (Stellungnahme 16/2993): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Vielen Dank dafür, dass wir als Vertretung der fünf nordrhein-westfälischen Bistümer Stellung nehmen dürfen. Der neue Familienbericht des Familienministeriums wurde in diesen Tagen vorgelegt. Darin wird festgestellt, Zeitmangel sei das Problem, das Familien in unserem Land am meisten belastet. Um diesem Problem wirksam zu begegnen, sei eine gute Kinderbetreuung von besonderer Bedeutung. Daher konstatiert der Familienbericht:

Die Landesregierung wird deshalb Kommunen, Kirchen und Freie Wohlfahrtspflege beim Ausbau der Kinderbetreuung weiter unterstützen, damit die Kinderbetreuung den Bedarfen der Familien noch besser gerecht wird.

Diese Aussage begrüßen wir natürlich außerordentlich. Wir sind davon überzeugt, dass ein qualifiziertes und vielfältiges Angebot der Kinderbetreuung ein wichtiger Beitrag ist, damit Familien und Kinder in unserem Land gut leben können und gefördert werden. Als katholische Kirchen sind wir froh, mit über 2.500 Einrichtungen im Kindertagesbereich dazu beitragen zu können. Diese Kindertageseinrichtungen sind für uns als Kirche ein wichtiger sozialer, gesellschaftlicher und pastoraler Auftrag, dem wir gerne nachkommen und den wir nicht missen wollen. Unsere Einrichtungen haben gerade im ländlichen Bereich eine starke Verwurzelung vor Ort, ohne bloße Kli-

entelpolitik zu betreiben. Auch wenn sie für uns wichtige pastorale Orte sind, sind sie zugleich immer Lernorte religiöser wie kulturelle Kompetenz. Das ist meines Erachtens ein Aspekt, der gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen Flüchtlingsfrage ein ganz wichtiger ist. Zudem leisten wir als Kirche mit unseren Kindertageseinrichtungen einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag, fördern Persönlichkeitsentwicklungen, unterstützen Eltern bei ihrer Erziehung und gestalten so die Gesellschaft mit. Dabei verfügen wir nicht zuletzt dank unseres qualifizierten Personals über langjährige Erfahrung in der umfassenden Förderung von Kindern.

Schließlich kommen wir damit auch einem wichtigen sozialen Auftrag nach, weil in unseren Einrichtungen herkunftsbedingte Defizite in der Entwicklung von Kindern ausgeglichen werden und wir so dazu beitragen, dass Bildungsarmut vermieden wird und Kindertagesstätten ein wichtiger Ort der Integration sein können.

Weil wir von der Bedeutung unserer Arbeit in diesem Bereich so überzeugt sind, sehen wir mit großer Sorge, dass die im KiBiz vorgesehene Finanzierung der Kindertageseinrichtungen defizitär und unser kirchliches Engagement in diesem Bereich akut gefährdet ist. Seit 2010 besteht dieses Problem der Unterfinanzierung. Es ist schon mehrfach gesagt worden. Die jährliche Erhöhung um 1,5 % bildet die reale Kostensteigerung nicht mehr ab. Das ist auch bereits gesagt worden.

Eben wurde etwas zu den Rücklagen gesagt. Wir möchten darauf hinweisen, dass wir 95 % unserer Einrichtungen als Eigentümer führen und nicht als Mieter. Insofern verstärkt sich das Defizit noch einmal. Die Höhe der aufgelaufenen Fehlbeträge können Sie unserer Stellungnahme entnehmen. Diese werde ich nicht noch einmal ausdrücklich nennen. Ich nenne nur das Beispiel einer Kirchengemeinde in Coesfeld, die fünf Kindergärten betreibt. Sie haben inzwischen ein Defizit von 107.000 € bei einem Gesamtetat dieser Kirchengemeinde von 550.000 €. Das macht die Situation einiger Kirchengemeinden deutlich.

Wir können uns unseren derzeitigen Bestand an Kindertageseinrichtungen nur dann weiterhin leisten bzw. diese halten, wenn die Kind-Pauschalen einmalig und zeitnah auskömmlich angepasst werden und wenn sich die jährliche Anpassung der Kind-Pauschalen an der tatsächlichen Kostenentwicklung orientiert. Deswegen ist unseres Erachtens eine grundlegende Neuordnung unbedingt erforderlich. Wir bitten Sie eindringlich, dementsprechend zu handeln, damit wir nicht das tun müssen, was wir am wenigsten wollen, nämlich Einrichtungen schließen. – Vielen Dank.

Attila Gümus (Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen NRW) (Stellungnahme 16/2995): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Vielen Dank dafür, dass wir uns heute zu dem Thema äußern können. Vielen Dank der CDU-Fraktion dafür, dass sie dieses Thema zum Thema gemacht hat. Wir haben in unserer Stellungnahme die Sichtweise dargestellt, dass sich Trägervielfalt für uns nicht nur in den kirchlichen Einrichtungen erschöpft, sondern auch in den kommunalen Einrichtungen, aus denen sich die Kommunen teilweise zurückziehen.

Die Frage der Subsidiarität ist bekannt. Aber es gibt Kommunen, die sich aus der kommunalen Trägerschaft herausgezogen haben. Wir wünschen uns eine echte Trägervielfalt, die eine Auswahl der Eltern ermöglicht.

Wir sehen, es muss sehr viel mehr Geld in das System. Das ist nicht nur bei der Unterfinanzierung zu sehen, sondern auch bei den ganzen Aufgaben, die uns derzeit aktuell beschäftigen. Gestern kam das Thema auf, dass insgesamt 68.000 Flüchtlingskinder Kita-Plätze benötigen. Das zeigt einen immensen Finanzierungsbedarf und muss aufs Tablett. Das wegfallende Betreuungsgeld muss im Familienetat bleiben. Die Diskussion darüber zeigt, die Tatsache, dass wir hier einen riesigen Finanzierungsbedarf haben, ist nicht bei den Finanzpolitikern angekommen.

Eben kam die Frage der Elternbeiträge auf. Das ist aus unserer Sicht eine gesellschaftliche Aufgabe. Wir müssen am Ende eines mittel- oder langfristigen Korridors zu einer Elternbeitragsfreiheit kommen. Wir sehen das so, weil die derzeitige Situation sehr belastend für die Familien ist. Wir haben in NRW sehr unterschiedliche Elternbeiträge. Das ist eben schon angekommen. Die Belastung der einzelnen Familien ist teilweise sehr hoch. Wir sprechen über einige Tausend Euro im Jahr. Es gibt neue Erfindungen wie U2-Beiträge, die aus unserer Sicht letztendlich nicht zielführend sind. – Vielen Dank.

Beate Heeg (Eltern helfen Eltern e. V.) (Stellungnahme 16/3004): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich herzlich für die Einladung und freue mich, hier auch einmal die Interessen der ganz kleinen, ein-gruppigen Einrichtungen in Trägerschaft einer Elterninitiative vertreten zu können. In diesen kleinen Einrichtungen schlagen diese stetig steigenden Personalkosten immer noch stärker durch als in unseren großen Einrichtungen. Das merken wir. Auch große Elterninitiativen sind von der Unterfinanzierung natürlich betroffen. Aber bei den Kleinen können zum Beispiel Vertretungskräfte nicht finanziert werden. Das kann ich ganz aktuell sagen. Das müssen Elterndienste leisten, weil für die Vertretungskraft bei Krankheiten, Terminen etc. keine Mittel mehr zur Verfügung stehen.

Wir gehen davon aus, ungefähr bei 50 % der uns angeschlossenen Elterninitiativen wird die Lage immer prekärer. Wir haben als Dachverband schon erste Notberatungen machen müssen, weil das Geld nicht reichte. In der Stellungnahme haben wir auf die stetig steigenden Sachkosten hingewiesen. Das passte so gut an dem Tag, als ich die Stellungnahme schrieb. Es rasselte eine Meldung nach der nächsten herein, was alles zum 1. Januar alles teurer wird. Das ist schon ganz immens. Damit ist die Anhebung um 1,5 % locker aufgehoben, ohne dass wir über die Personalkosten gesprochen haben.

Lassen Sie mich einen kleinen Hinweis zu unserer Stellungnahme geben. Der Tippfehlerteufel hat gewirkt. Die zitierte Umfrage ist nicht vom Mai 2014, sondern vom Mai 2015. Das ergibt sich vielleicht auch aus der Logik, weil davon die Rede ist, dass Eltern die laufenden Tarifverhandlungen mit Sorge betrachten.

Ich hoffe, wir können etwas anderes finden als ein mit großem bürokratischem Aufwand verbundenes Rettungspaket. Da schließe ich mich den Vorrednern an. Für un-

sere Einrichtungen und für alle anderen muss man eine dynamische Anpassung an den Personalkostenindex fordern, und das möglichst schnell zum 1. Januar des nächsten Jahres. – Danke schön.

Peter Wenzel (KiTa-Zweckverband im Bistum Essen) (Stellungnahme 16/2994): Liebe Frau Voßeler! Sehr geehrte Ausschussmitglieder! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind sehr dankbar dafür, dass wir angefragt worden sind, um Position zu beziehen. Ich möchte vorher ausdrücklich kenntlich machen, wir sind ein katholischer Träger, der die Aussagen, die er trifft, nur auf seine 271 Kitas beschränkt. Diese 271 Kitas befinden sich überwiegend im Ruhrgebiet und haben nicht, wie eben vom Städtetag angeführt, mit Kommunen zu tun, die über Gebühr zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen. Wir berichten also aus einer Sondersituation.

Weil ich schon ganz lange im Kindergartenbereich tätig bin und viele mich kennen, möchte ich die Genese bemühen, auch wenn ich mich nicht ganz so alt fühle. Es gibt hier kein allgemeines Erkenntnisdefizit, sondern es gibt ein Umsetzungsdefizit. In 2005 wurden Zahlen für die Berechnung der Pauschale zugrunde gelegt. Für Personalkosten wurde ein KGSt-Wert von 40.300 € zugrunde gelegt. Schon ein Jahr später wusste man, es wurden 45.000 € pro Erzieherin aufgerufen. Das war auch in der KGSt nachzulesen. Wir wussten also schon damals, diese Pauschalen können nicht ausreichen.

Unser Tarif ist dem TVöD gleichgestellt. Auf unseren Tarif bezogen haben wir bis zum heutigen Tage und ohne die noch drohende und anstehende Tarifsteigerung einzurechnen, eine Personalkostensteigerung um 19,5 %. Stellen wir dem gegenüber, was KiBiz als Pauschale mit der 1,5-%igen Steigerung gewährt, sind wir im gleichen Zeitraum bei 10,5 %. Jeder, der die Grundrechenarten beherrscht, weiß, die Steigerung ist fast das Doppelte dessen, was ausgeglichen wurde. Jedes Kind in einem Kindergarten weiß, wenn ich einen Bauklötzchenturm auf einem kleinen Bauklötzchen aufbaue – damit meine ich die Grundlage der KiBiz-Berechnung – und ich immer mehr aufpacke, kippt der Turm irgendwann um. An der Stelle sind wird.

Wir sprechen im Ruhrgebiet davon, dass Subsidiarität ein hohes Gut ist. Allen, die hier sitzen, muss ich mit Sicherheit nicht darstellen, dass wir nach der schrecklichen Zeit in Deutschland gesagt haben, wir wollen es nie wieder so haben wie es war. Wir wollen nie wieder, dass staatlich organisierte Erziehungshilfe und Kinder- und Jugendarbeit nur im Einklang ist. Unsere Gründerväter haben uns verpflichtet, in Zukunft auf Subsidiarität zu achten. Den Trägern muss es ermöglicht werden, diese Subsidiarität wahrzunehmen.

Schauen wir ganz genau hin, sind wir sofort bei den Problemlösungsstrategien. Wir als katholische Träger im Ruhrgebiet sind bei der Frage der Unterbringung von Flüchtlingen. Wir betreuen 16.000 Kinder. Mit heutigem Stand betreuen wir zusätzlich 300 Flüchtlingskinder. An der Stelle sind wir sofort dabei, Not zu sehen und zu handeln. Ich bitte die Politiker, die in unserem Land Verantwortung übernommen haben, auch die Not der Träger zu sehen. Sie können die Kosten nicht ausgleichen. Das Delta wird immer größer.

Ich möchte unserer Stellungnahme einen weiteren Aspekt hinzufügen. Die Frage ist, in welcher Konstellation man eine Einrichtung trägt. Die älteste unserer Einrichtung bietet seit 120 Jahre Elementarpädagogik an. Das erste Kindergartengesetz in der Bundesrepublik aus dem Jahr 1973 gibt es noch nicht so lange wie wir eine Kindergartenbetreuung sicherstellen.

90 % unserer Einrichtungen sind älter als 30 Jahre. Wir haben für jedes Gebäude einen Betrag von 2.500 € angespart, den wir zur Verfügung haben. Nicht mehr. Für jedes Gebäude – ob es 120, 90 oder 80 Jahre alt ist! Jeder, der weiß, was ein solches Gebäude kostet, kann sich ausrechnen, das kann nur durch Sanierungsrückstellungen ausgeglichen werden. Uns ist es im Endeffekt egal, ob es eine Einmalzahlung oder eine Aufwertung der Indexsteigerung ist, wenn ich das einmal so provokant sagen darf. Uns steht das Wasser bis zur Oberkante. Wenn nicht kurzfristig etwas passiert, sind wir nicht mehr in der Lage, das Angebot vorzuhalten.

Vorsitzende Margret Voßeler: Herzlichen Dank, Herr Wenzel. – Wir treten jetzt in die erste Fragerunde ein. Herr Jörg, bitte!

Wolfgang Jörg (SPD): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank nicht nur für Ihre Vorträge, sondern auch für Ihr Engagement als Träger. Wir sind in einem ständigen Austausch. Das wurde gerade schon einmal gesagt. Es mangelt nicht an Erkenntnislagen, sondern an Umsetzung. Mein Vorredner hat es gesagt. Diese Einschätzung kann man sicherlich teilen. Seit wir 2010 die Landesregierung übernommen haben, sind wir im ständigen Austausch. Ich habe mehrere Fragen.

Ich frage zunächst alle. Wie schätzen Sie die Situation ein, dass der Elementarbereich in der gesamten Bundesrepublik strukturell unterfinanziert ist? Wie kann ich das Maß der Unterfinanzierung beschreiben? Vielleicht ist es ein gutes Beispiel, wenn ich sage, dass wir in Nordrhein-Westfalen mit unserem Kind-Fachkraft-Schlüssel im Vergleich noch ganz gut dastehen. Es gibt Bundesländer, in denen es noch viel dramatischer ist. Die gesamte Bundesrepublik ist in dieser Hinsicht schlecht aufgestellt. Wie schätzen Sie die Situation ein, dass das Betreuungsgeld vom Bundesfinanzminister einbehalten werden soll, um zu sparen und die schwarze Null zu erhalten? Wie schätzen Sie die Situation über unseren Tellerrand hinaus in der Bundesrepublik zum Thema Elementarbildung ein? Welche Verantwortung hat der Bund, weil es ein gesamtdeutsches Problem ist? Das ist die erste Frage.

Halten Sie den Weg der Landesregierung für richtig, sich zunächst einmal konkret 200 Einrichtungen bis ins Letzte anzusehen, um dann mit den Akteuren, den Verantwortlichen aus den kommunalen Spitzenverbänden und den Trägern zu versuchen, eine gemeinsame Lösung zu finden? Ich frage speziell Herrn Dr. Menzel, ob er im Sinne der Träger und der Kinder eine Einigung mit der Landesregierung für möglich hält, die jenseits einer Konnexitätsfrage gestellt wird. Das ist die zweite Frage.

Die dritte Frage richtet sich an alle. Glauben Sie, die Finanzierungssystematik des KiBiz ist überhaupt geeignet, um die auf uns zukommenden Probleme zu bewälti-

gen? Das Stichwort des höheren Integrationsaufwandes durch Flüchtlinge ist vorhin schon einmal genannt worden.

Ich will ein Letztes sagen und vielleicht ein bisschen beruhigen. Hier sind einige Stichworte zum Notfallfonds bzw. Rettungspaket gefallen. Da ist nichts entschieden. Die Zahlen werden, wie mit Ihnen zum Teil vereinbart wurde, genau angeschaut. Dann wird man eine Lösung finden. Es sind sich alle einig, dass möglichst unbürokratisch und schnell geholfen wird, damit keine zusätzlichen Hürden entstehen. Da will ich wirklich beruhigen. Dafür gibt es noch keine Lösung. Ich hoffe, wir werden gemeinsam etwas finden, was trägt.

Walter Kern (CDU): Frau Vorsitzende, ich möchte mich bei allen Expertinnen und Experten dafür bedanken, dass sie unsere Initiative so deutlich unterstützen. In der Haushaltsrede im Januar habe ich mir bewusst diesen Bereich gewählt und thematisiert, dass wir die Brandbriefe verstehen, die uns geschickt werden. In der Vergangenheit sind die Stellungnahmen, die wir auch in anderen Anhörungen gehört haben, schlicht und einfach von der Regierung überhört worden. Das gehört zur Wahrheit.

§ 1 des KJHG schreibt die Vielfalt der Einrichtungen vor. Das ist geschichtlich sehr sauber begründet worden. Ich habe in der Rede schon darauf verwiesen, dass ich die Gefahr sehe, diese Angebotsvielfalt zu verlieren.

Ich möchte kurze Fragen an die einzelnen Vortragenden stellen. Herr Dr. Menzel, es geht mir um die Konnexität und die zwei gegenlaufenden Gutachten. Wie ist Ihre Position dazu? Das interessiert mich persönlich. Vielleicht können Sie für uns werten, ob Sie Konnexität sehen oder nicht. Das wäre von erheblicher Bedeutung.

Sie sprechen von einer großen Reform. Politiker sind immer an großen Reformen interessiert. Sagen Sie uns einmal, in welche Richtung Sie denken.

Die landesweit einheitlichen Elternbeiträge sind durchaus eine legitime Frage. Wir haben in der Regierungsverantwortung der 14. Legislaturperiode damals dieses System eingeführt. Man muss aber irgendwann auch einmal die Frage stellen, ob man damit richtig liegt. Von daher halte ich Ihre Forderung für berechtigt, eine Überprüfung vorzunehmen.

Frau Haude, an die freien Träger gerichtet möchte ich fragen, wie sie die laufenden Tarifverträge beurteilen. Sie würden die Situation deutlich in den Ergebnissen verschlechtern. Wir sind uns alle einig, dass die Erzieherinnen das Geld verdienen, was sie fordern. Darüber brauchen wir nicht zu sprechen, glaube ich. Sie haben uns als verantwortliche Politiker darauf hingewiesen, dass Freistellungen nicht mehr genehmigt werden und wir stillschweigend einbuchten, dass die Erzieherinnen die vorbereitenden Tätigkeiten in der Freizeit erledigen. Vielleicht können Sie dazu vertiefend etwas sagen. Es ist gegen jeden Tarifvertrag, so etwas schlicht und einfach einzuplanen. Das ist auch ein Skandal. Das sage ich aus Sicht der CDU sehr deutlich.

Über einen Rettungsfonds brauchen wir nicht zu diskutieren. Wir benötigen eine grundsätzliche Regelung. Bei einem Rettungsfonds wandert das Geld nur von einer Tasche in die nächste. Dann verhandeln wir im neuen Jahr wieder. Wir benötigen für die Träger aus unserer Sicht Planungssicherheit.

Deswegen habe ich eine Frage an Herrn Dreyer. Es geht um diese delikate Frage der ausreichenden Rücklagen. Als wir das KiBiz in der 14. Legislaturperiode entworfen haben, waren die Rücklagen nur bis 2011 auf einem Stand, von dem man sagen kann, die Träger kommen damit zurecht. Deswegen haben dem in den Verhandlungen mit dem Familienministerium auch alle Träger zugestimmt. Ich sehe noch Ihre Unterschriften darunter. Mea culpa. Andere sind vielleicht auch in der Verantwortung da. Deswegen glaube ich, wir sollten diese Rücklagensituation einmal besprechen.

Wir hatten wegen der Finanzen damals eine Evaluation für 2011 eingeplant. Die hat aber nie stattgefunden. Ich möchte von Ihnen gern wissen, wie Sie diese Rücklagen und insbesondere den damit einhergehenden Investitionsstau sehen, der in verschiedenen Stellungnahmen eine Rolle gespielt hat.

Frau Schalla hat deutlich nicht nur auf den Unterschied zwischen reichen und armen Trägern, sondern auch darauf hingewiesen, dass es um eine Systemfrage geht. Das lasse ich einmal offen. Ich fand das bemerkenswert.

Der Vertreter der Evangelischen Kirche sagt sehr deutlich, die Kirchengemeinden fallen teilweise in existenzielle Notlagen. Ich bin selbst seit Jahren im Ehrenamt – obwohl Katholik – in einer Stiftung evangelischer Kindergärten tätig. Ich kann Ihnen sagen, die Vorstandssitzungen sind nicht vergnügungssteuerpflichtig. Vielleicht können Sie das aus Ihrer Sicht vertiefen. Wir sitzen alle in einem Boot, auch die Regierungsfractionen. Wir müssen den Finanzleuten sagen, dass Schluss mit lustig ist. Langfristig benötigen wir ein neues Gesetz. Das sehe ich persönlich auch so.

Herr Dr. Hamers, wir müssen noch viel mehr auf Artikel 7 der Landesverfassung des Landes Nordrhein-Westfalen hinweisen. Das ist eine Begründung für die Vielfalt. Ehrfurcht vor Gott und die Bewahrung der Schöpfung sind wichtige Erziehungsziele. Das steht dort wörtlich. Ich bitte, uns auch in den nächsten Wochen und Monaten in der Position zu unterstützen. Sie sind große Eigentümer. Zu den Nachteilen, die sich aus Ihrer Sicht im Finanzierungssystem als Eigentümer oder Mieter ergeben, möchten wir fachliche Hinweise hören.

Dem Landeselternrat möchte ich eines sagen. In der Enquete-Kommission „Chancen für Kinder“ haben wir natürlich eine Gebührenfreiheit für alle Eltern empfohlen. Sie steht allerdings unter Finanzierungsvorbehalt. Das gehört zu einer ehrlichen Position. Man sollte das Ziel als Land aber nicht aus dem Auge verlieren. Das will ich Ihnen nachrichtlich sagen. Alle Parteien haben diese Formulierung mitgetragen.

Mich hat etwas erschüttert. Wegen der Vielfalt müssen wir gerade bei den kleinen Initiativen sehr darauf achten, dass diese ausreichend ausgestattet sind. Derzeit leisten die Initiativen Vertretungen teilweise im Ehrenamt. Dazu sollten Sie uns sagen, wie Sie sich die Lösung vorstellen.

Die letzte Frage kann mir Herr Dreyer aufgrund seiner beruflichen Position vielleicht beantworten, damit die Landesregierung da ein bisschen Nachhilfeunterricht bekommt. Wie stellen Sie sich die vielfach geforderte dynamische Anpassung an die jeweils realistische Kostensituation vor?

Andrea Asch (GRÜNE): Vielen Dank für Ihre Stellungnahmen. Es ist nicht das erste Mal, dass wir hier zusammenkommen, um über diesen Themenkomplex zu sprechen. Vielen Dank dafür, dass Sie immer wieder die Zeit und die Geduld aufbringen, um uns mit Ihrer Expertise zur Verfügung zu stehen.

Ich bin denjenigen dankbar, die in ihren Vorträgen erwähnt haben, dass das Grundproblem nicht alleine in der Festlegung der 1,5-%igen jährlichen Steigerung liegt. Das wurde sehr deutlich. Die Kostensteigerungen in den Kitas liegen bei über 18 % im Personalbereich. Die Tarifsteigerungen halten mit den 1,5-%igen Zuschlägen nicht mit. Aber es gibt noch das Grundproblem, dass die Finanzierung seit Einführung des KiBiz nicht auskömmlich war. Ich glaube, Herr Dr. Menzel hatte es gesagt. Die Berechnung der Pauschalen war also bereits überholt, weil sie auf der Grundlage der Tarifsteigerungen 2005 erfolgte. Wir hatten bei der Berechnung der Kind-Pauschalen eine Unterfinanzierung, als CDU und FDP dieses Gesetz auf den Weg gebracht haben. Diese Unterfinanzierung kumuliert sich über die Jahre immer weiter. Die Rücklagensituation der Träger ist eben deutlich geworden.

Wir von den regierungstragenden Fraktionen sehen dieses Problem sehr deutlich. Uns ist das bewusst. Das wissen Sie. Bereits mit dem ersten KiBiz-Änderungsgesetz haben wir zusätzliche Mittel ins System gegeben. Wir hätten sie sehr gern systematisch ins System gegeben. Das ist uns 2011 nicht gelungen, weil die kommunalen Spitzenverbände in der Verbändeanhörung zum Referentenentwurf Konnexität geltend gemacht und gesagt haben, sie machen da nicht mit. Im Rahmen des zweiten KiBiz-Änderungsgesetzes kam noch einmal zusätzlich Geld ins System, unter anderem zweimal für Personalkosten. Es ist alleine uns als Land geblieben, diese Ressourcen ins System zu geben.

Von dem Katholischen Büro, der Evangelischen Landeskirche, der Freien Wohlfahrtspflege und den anderen Trägervertretern möchte ich wissen, was aus ihrer Einschätzung passieren würden, wenn wir als rot-grüne Landesregierung zum dritten Mal Geld ins System geben, ohne dass die kommunalen Spitzenverbände mitziehen. Wie wird gehört haben, wird wahrscheinlich wieder Konnexität geltend gemacht. Das könnte wiederum in einem Zuschlagsystem passieren. Auch das hätte zusätzliche Implikationen, wie wir aus den Erfahrungen der beiden vorherigen Schritte wissen. Dazu möchte ich gerne Ihre Einschätzung hören.

Ich habe mich über alle Stellungnahmen gefreut, in denen festgestellt wurde, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, an dem wir ein neues Finanzierungssystem benötigen. Das waren im Grunde genommen alle Sachverständigen, die sich dazu verhalten haben. Die Reformfähigkeit des jetzigen KiBiz-Systems ist an ihrem Ende angekommen. Als wir die Landesregierung 2010 übernommen haben, war das nicht so. Damals gab es noch Bedenken dagegen, das ganze System wieder umzustellen. Dagegen können wir jetzt einen Konsens feststellen, den wir als rot-grünen Arbeitsauftrag an- und mitnehmen.

An alle Sachverständigen habe ich eine weitere Frage. Die CDU beantragt drei Punkte. Der erste Punkt ist, die Finanzierung von Kindertagesreinrichtungen umgehend zu evaluieren. Glauben Sie, dass wir noch die Zeit dafür haben? Ein Prozess ist im Gange. Den haben wir angestoßen. Insoweit ist das auf den Weg gebracht.

Wären weitere Schritte vor dem Hintergrund konstruktiv, dass wir versuchen, mit Verbesserungen den nächsten Haushalt zu erreichen? Warten wir in einem weiteren Prozess Evaluierungsprozesse ab, ist die Frage, wo wir zeitlich landen und ob das nicht kontraproduktiv für den Prozess wäre.

Wir reden darüber, wie wir die jährliche Steigerung der Kind-Pauschalen technisch und im Verbund mit den kommunalen Spitzenverbänden lösen können.

Drohende Kitaschließungen ernst zu nehmen und kurzfristige Maßnahmen zur Soforthilfe einzuführen, fordert die CDU ebenfalls. Ich habe von allen sehr deutlich gehört, wir benötigen kein Nothilfeprogramm, sondern eine tatsächliche Ressourcensteigerung in der Struktur. Das waren sehr deutliche Aussagen und eine Absage an die Forderung des Antrags. Wenn sich jemand zu der Frage noch einmal verhalten möchte, kann er das gerne tun. – Das waren meine Fragen.

Daniel Düngel (PIRATEN): Ganz herzlichen Dank auch im Namen meiner Fraktion. Herzlichen Dank dafür, dass Sie erneut zu einem Thema gekommen sind, welches wir im Landtag schon häufiger beraten haben.

Seit 2011 kommen wir nicht wirklich voran. Wir können uns weiterhin gegenseitig die Schuld dafür in die Schuhe schieben, getreu dem Motto „Schwarz-Gelb hat ein schlechtes Gesetz gemacht und Rot-Grün konnte es nicht ändern“. Wir diskutieren über Konnexität und fordern gleichzeitig immer wieder Geld vom Bund. Bund, Land, Kommune: Wer zahlt jetzt? – Aus meiner ganz persönlichen Sicht ist das zwar wichtig; denn irgendwoher muss das Geld letzten Endes kommen. Aber wir haben jetzt nicht mehr halb zwölf oder viertel vor zwölf. In dem einen oder anderen Fall haben wir vermutlich schon kurz nach zwölf. Diese Verhandlungsfragen usw. dürfen aus meiner Sicht nicht mehr im Mittelpunkt stehen. Ich möchte speziell die Trägervertreter etwas fragen. Stimmen Sie mir insoweit zu? Haben wir von Ihrer Einschätzung der Lage her in den Kitas schon fünf nach zwölf?

Ist die Frage, woher das Geld letzten Endes kommt, also von Bund, Land oder Kommune, die primäre oder eine sekundäre Frage? Müssen wir nicht gegebenenfalls eine Gesetzgebung im Landtag verabschieden, bei der Fragen der Konnexität möglicherweise auf dem Klageweg festgestellt werden müssen? Wir sind seit 2011 im Prinzip in einem unveränderten Zustand und in Verhandlungen, in denen wir offenbar keine Einigung erzielen können. Ich möchte gerne Ihre Meinung dazu hören und das aufgreifen, was Frau Asch gerade schon gefragt hat.

Wir kennen dieses mögliche und von der Landesregierung angekündigte Rettungspaket nicht en detail. Deswegen müssen wir es aus der aktuellen Diskussion herauslassen. Ich will die Trägervertreter bitten, kurz zu schildern, was nicht 2016, sondern was 2017 passiert, wenn wir diesen Zustand der letzten Jahre einfach weiterlaufen lassen. Was passiert mit Ihren Kitas? Ich bitte Sie, möglichst konkret zu werden. Im Anschluss bitte ich den Landeselternbeirat um eine Einschätzung dieser Situation.

Ich bin etwas erschrocken, wenn wir das beitragsfreie letzte Kita-Jahr mit der allgemeinen Finanzierung in den Kitas aufwiegen. Das wird der Sache meines Erachtens nicht gerecht. Es wird der Sache gerecht, wenn wir in der Kita von Betreuung spre-

chen. Ich glaube aber, wir sind politisch schon wesentlich weiter und sprechen von frühkindlicher Bildung. Dann kann es aus meiner Sicht keine zweite Meinung dazu geben, wonach Bildung grundsätzlich kostenfrei, gebührenfrei zur Verfügung zu stehen hat. Dazu möchte ich den Landeselternbeirat hören. Vielleicht können Sie dazu noch ein zwei oder drei Sätze sagen und äußern, ob Sie meiner Einschätzung zustimmen. – Vielen Dank.

Dr. Björn Kerbein (FDP): Meinen herzlichen Dank an die Experten für ihr heutiges Erscheinen. Ich werde mich einer Bewertung im Gegensatz zu dem einen oder anderen Vorredner weitgehend enthalten. Sie kennen die FDP-Initiativen der letzten Zeit. Ich werde ausschließlich Fragen stellen und nur zum Verständnis der ersten Frage eine kleine Einleitung geben.

Die erste Frage richtet sich an Herrn Dr. Menzel. Falls es immer noch nicht zu einer Anpassung kommen sollte, werden die Träger vermehrt aus der Finanzierung aussteigen. Entweder übernehmen dann die Kommunen die Trägerschaft in Gänze oder zumindest Trägeranteile; denn die Kommunen müssen letzten Endes für ein bedarfsgerechtes Angebot sorgen. Warum sehen Sie eine Konnexitätsrelevanz, wenn die Finanzierungsanteile des Landes und der freien Träger bezüglich der Kindertageseinrichtungen, für die die Kommunen letzten Endes ohnehin aufkommen müssen, indexbasiert steigen würden?

Meine nächste Frage richtet sich an die kommunalen Spitzenverbände, die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, die Landesjugendämter und den KiTa-Zweckverband im Bistum Essen. Die Kommunen übernehmen ohnehin die Kosten dessen, was ihnen auf die Füße fällt. Wie bewerten Sie, dass diese Tatsache ausschlaggebend im Gutachten von Prof. Löwe war, im Gutachten von Prof. Schmidt jedoch keine Rolle gespielt hat?

Meine dritte und letzte Frage geht an die kommunalen Spitzenverbände, die Kirchenvertreter, den Verein Eltern helfen Eltern, den KiTa-Zweckverband im Bistum Essen und an den Landeselternbeirat. Haben Sie eine Erklärung dafür, warum die Pauschalen plusKITA und Sprachförderung überproportional an städtische Einrichtungen und unterproportional an Elterninitiativen verteilt werden?

Vorsitzende Margret Voßeler: Herzlichen Dank, Herr Dr. Kerbein. – Wir steigen jetzt in die Antwortrunde ein. Diesmal beginnen wir mit Herrn Wenzel vom KiTa-Zweckverband im Bistum Essen.

Peter Wenzel (KiTa-Zweckverband im Bistum Essen): Schönen Dank für die Fragen. Über eine Frage von Herrn Jörg habe ich mich besonders gefreut, nämlich über die Fragestellung, wie es in anderen Bundesländern aussieht. Sie wissen, die katholische Kirche ist weltumspannend und bundesweit im Kita-Bereich aktiv. Wir haben annähernd 10.000 katholische Kindertagesstätten in der Bundesrepublik. Wenn ich den Kollegen in Süddeutschland erzähle, dass die evangelische und die katholische Kirche als Träger mehr Eigenleistungen aufbringen müssen, dann fragen die uns, warum wir das überhaupt mitmachen. Es ist nicht nur so, dass es im Süden der Re-

publik so ist. Das ist im Norden und im Osten so. Den Westen kann ich aus geografischen Gründen jetzt leider nicht nennen. Insofern bin ich dankbar für diese Frage. Ich könnte es jetzt geschichtlich erklären. Aber so viel Zeit haben wir nicht.

Wir haben 1973 einmal mit 27 % angefangen. Die katholischen und evangelischen Kirchenvertreter haben damals gesagt, es kann nicht sein, dass es so viele katholische und evangelische Kitas gibt, wir müssen andere Träger fördern und den Nährboden schaffen, damit auch andere Wohlfahrtsverbände Kitas zur Verfügung stellen. Deswegen ist es zu einer anderen prozentualen Aufteilung gekommen. Aber das ist eine andere Diskussion.

Wir wünschen uns als KiTa-Zweckverband eine Anpassung zu den anderen Bundesländern. Auch die Benachteiligung der katholischen und evangelischen Kindergärten in der Förderung sollte nicht weiter fortgeführt werden.

Werfen wir die Frage auf, ob das System falsch ist, kann ich aus Sicht des KiTa-Zweckverbandes ganz deutlich sagen, an dem KiBiz in der jetzigen Form darf nicht festgehalten werden. Bin ich ein Träger, der nicht tarifgebunden zahlt, der nicht über eigene Gebäude verfügt, der keine Rücksicht auf ältere Kolleginnen und Kollegen in seinen Reihen nimmt, sondern nur Mitarbeiterinnen unter 30 Jahren beschäftigt, komme ich selbstverständlich damit aus. Beim KiTa-Zweckverband liegt der Altersdurchschnitt bei den pädagogischen Mitarbeiterinnen bei 46 Jahren und bei den Leiterinnen bei 54 Jahren. Diese Unterschiede können nicht im Interesse der Landesregierung sein.

Was Herr Düngel sagte, hat mir sehr gefallen. Es ist fünf nach zwölf. Uns als KiTa-Zweckverband wird vorgeworfen, dass wir seit sechs Jahren von einer Unterfinanzierung sprechen und trotzdem noch existieren, ohne eine Kita geschlossen zu haben. Das ist so, als wenn man immer schön aufräumt und fleißig ist und hinterher Ärger bekommt, weil man das die ganze Zeit gemacht hat. Wie schaffen wir das denn? Wir schaffen es nicht, weil wir irgendwo Geld generieren, sondern weil wir unser knappes Personal defensiv beschäftigen. Wir schaffen es, indem wir Sanierungen zurückstellen und nicht, weil uns irgendjemand dabei hilft. Wenn man zu Ostern drei Eier isst, geht das. Isst man das vierte Solei, wird es schon schwierig. Beim Fünften wird einem so schlecht, dass man nie wieder Eier sehen will. Das hat mir einmal eine frühere Kollegin gesagt. Genauso ist es bei der Frage, ob man mit den Mitteln auskommt. Irgendwann ist man so beengt, dass man keine Möglichkeit mehr sieht.

Zur plusKITA wurde gefragt, warum es Unterschiede gibt. Es gibt verschiedenste Erklärungsmodelle dafür. Es hat manchmal mit der örtlichen Jugendhilfe und damit zu tun, dass es Schwerpunkte gibt und man sagt, der eine oder andere erhält nichts. Es hat manchmal aber auch einfach nur geografische Gründe. Bestimmte Einrichtungen befinden sich in besser aufgestellten Wohnbezirken. Unter unseren Einrichtungen in Mülheim ist keine einzige plusKITA. Das liegt nicht daran, dass wir das nicht wollen oder die Kinder nicht aufnehmen. Unsere Einrichtungen sind einfach in Gegenden, in denen keine Klientel wohnt, die es uns ermöglicht, plusKITA zu werden. In Duisburg-Marxloh ist das viel einfacher für uns.

Beate Heeg (Eltern helfen Eltern e. V.): Ich komme von einem Treffen der Dachverbände der Elterninitiativen in der Bundesrepublik. Ein Thema passte zu der Frage von Herrn Jörg, ob es ein deutschlandweites Problem ist. Ja, das ist es. Ich habe dort erzählt, wohin ich heute Nachmittag fahre. Alle haben gesagt, dorthin müssten sie in ihrem Landtag auch unbedingt. Das muss man ganz deutlich sagen.

Die Finanzierungssystematik wird schon lange diskutiert. Die Spitzabrechnung war sicherlich sehr schön. Ich persönlich gehe davon aus, auch eine pauschale Finanzierung ist grundsätzlich vollkommen in Ordnung. Die Frage ist, wie hoch die Pauschalen sind. Dann kann ich mit einer pauschalen Finanzierung durchaus über die Runden kommen. Im Moment kann ich das nicht, vor allen Dingen nicht bei einer Steigerung in Höhe von 1,5 % pro Jahr.

Vonseiten der CDU wurde der Vertretungspool angesprochen. Natürlich sind Eltern sehr engagiert und übernehmen diese Elterndienste gerne. Sie sehen auch, wofür sie es machen. Als wir früher die Spitzabrechnung hatten und krankes Personal schnell ersetzen konnten, war es natürlich einfacher. Heute haben wir zwar eine Umlagekasse, aber es dauert, bis das Geld kommt. In einer kleinen Einrichtung schlägt auch zu Buche, dass die Umlagekasse nicht von heute auf morgen zahlt, sondern zuerst einmal prüft, prüft und prüft, bevor sie überweist.

Natürlich würde ich mir eine Vertretungskraftpauschale für die Elterninitiativen wünschen. Das würde uns sicherlich weiterhelfen. Ich erfuhr gestern in Wolfsburg, das Land Niedersachsen stellt den Dachverbänden der Elterninitiativen, den Paritätischen und den kommunalen Dachverbänden, Geld zur Verfügung, damit der Dachverband einen Vertretungspool hat. Dort klagen natürlich die Vertreterinnen wiederum, der Vertretungspool sei zu klein. Es ist aber immerhin ein Anfang. Vielleicht ist es überlegenswert, ob es solch eine Möglichkeit gibt. Die Erzieherinnen muss man natürlich zuerst einmal finden. Auch das ist sicherlich ein Problem. Es geht um Erzieherinnen, die im Dachverband angestellt sind und bei Bedarf von den Mitgliedereinrichtungen abgerufen werden können.

Frau Asch fragte, was passieren würde, wenn das Land zum dritten Mal Gelder zur Verfügung stellt und sich die kommunale Seite nicht daran beteiligt. Ich fürchte vor allen Dingen, es führt zu noch mehr Bürokratie. Das ist etwas, was auch in unseren Elterninitiativen mit ehrenamtlichen Kassenwarten immer schwieriger wird. Das merken wir. Der Verwendungsnachweis ist nur noch schwierig zu vermitteln. Klar gibt es eine Erklärung. Das eine fällt nicht unter Konnexität und das andere schon. Wir merken aber, wie hoch der Beratungsbedarf alleine durch diesen bürokratischen Aufwand geworden ist. Insofern wünschen wir uns eine andere Lösung.

Es wurde gefragt, ob es inzwischen fünf nach zwölf ist. Ja, zumindest drei Minuten nach zwölf ist es garantiert. In Münster haben wir viele Elterninitiativen. Die Initiativen erhöhen Elternbeiträge, um bestimmte Dinge noch finanzieren zu können. Das geht aber nur bis zu einem bestimmten Punkt. Manche lösen auch Rücklagen auf. Das können Sie in unserer Stellungnahme lesen. Jemand hat gesagt, wir machen es noch aus der Rücklage, aber das Ende ist absehbar.

Hätten wir eine Steigerung zum 1. Januar, würde ich befürchten, es wäre nur eine Steigerung um das, was wir durch die laufenden Tarifverhandlungen Ende Oktober/Anfang November aufoktroziert bekommen. Von daher wäre es wünschenswert, eine Lösung zu finden, wie wir das große, seit 2008 bestehende Loch, füllen können. Es ist von Anfang an falsch berechnet worden. Der Kollege hat es schon gesagt.

Gefragt wurde, wie sich die Situation 2017 darstellen wird. Münster hat 50 Elterninitiativen, darunter 38 eingruppige. Rechnerisch sind es nicht viele Plätze. Es sind nach wie vor allem Plätze für unter Dreijährige. Damit haben wir in der Stadt vor 30 Jahren angefangen und bieten immer noch sehr qualifizierte und viele Plätze für unter Dreijährige an. Diese Plätze wären weg. Ich würde sagen, wenn nichts passiert, sind wir 2017 weg.

Der Vertreter der FDP sprach die plusKITA an. Ich kann nicht allgemein beurteilen, warum die Gelder für plusKITAs in kommunalen Einrichtungen landen. Ich habe diese Klagen auch schon gehört. In der Stadt Münster haben wir das sehr gut gemeinsam mit der Verwaltung über ein Punktesystem lösen können. Ich persönlich kann darüber nicht klagen. Außerdem weiß ich, von unseren 50 Elterninitiativen bekommen immerhin drei Gelder aus diesem Topf, obwohl sie nicht in Stadtteilen liegen, in denen der Bedarf definitiv höher ist. Nicht nur Migrantenkinder etc. haben Sprachförderbedarf, sondern viele andere Kinder auch – aus welchen Gründen auch immer. Warum das landesweit so ist, kann ich leider nicht beurteilen.

Attila Gümus (Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen NRW): Wir beobachten auch, dass es in einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich ist, wie es Herr Jörg angesprochen hat. Es ist grundsätzlich unterfinanziert. Es bedarf einer finanziellen Kraftanstrengung. Alle Beteiligten sind gefordert. Aus verfassungsrechtlicher Sicht ist der Bund natürlich anders gefordert als die Länder und Kommunen. Aus unserer Sicht ist auf jeden Fall in Erinnerung zu rufen, dass es wirklich ein Kraftakt ist, der mit entsprechenden finanziellen Mitteln gestemmt werden muss.

Wir bringen immer die Elternbeiträge in die Diskussion, weil wir merken, diese werden ganz schnell thematisiert. Wir haben gedacht, über den Betreuungspunkt hinweg und bei der Bildungsfrage zu sein. Wir können auf mittelfristige Sicht Einstimmigkeit darüber erreichen. Man darf das nicht vergessen und Qualitätsfragen und Elternbeiträge nicht gegeneinanderstellen. Das kommt in der Diskussion immer wieder ganz schnell auf.

Die Förderung der plusKITAs liegt überproportional bei städtischen Einrichtungen. In den einzelnen Kommunen ist die plusKITA ganz oft an die SGB-II-Mittel gekoppelt. Das ist unterschiedlich geregelt. Für die Stadt Köln kenne ich es zum Beispiel so. Es kommt ganz oft in den städtischen Kitas an, weil diese häufig Auffangkitas für Kinder sind, die bei freien Trägern nicht genommen wurden. – Danke.

Dr. Antonius Hamers (Katholisches Büro Nordrhein-Westfalen): Lassen Sie mich nur eine ganz kurze allgemeine Anmerkung machen. Dann gebe ich an Herrn Eilebrecht weiter.

Die Frage, ob eine neue gesetzliche Grundlage her muss oder das bestehende KiBiz angepasst wird, ist für uns zweitrangig. Die Hauptsache ist, die Finanzierung stimmt.

Zu welchen Anteilen der Bund, das Land oder die Kommunen an der Finanzierung beteiligt werden, ob der Bund stärker beteiligt wird, ist für uns letztlich nachrangig. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich auch die öffentliche Hand – in welcher Körperschaft auch immer – zu beteiligen hat. – Jetzt möchte ich an Herrn Eilebrecht weitergeben.

Raimund Eilebrecht (Katholisches Büro Nordrhein-Westfalen) (Stellungnahme 16/2993): Ich versuche, das breite Themenspektrum von vorne nach hinten durchzuarbeiten. Diese 200 Einrichtungen werden untersucht. Wir machen selbstverständlich mit, weil wir immer für Transparenz sind. In der Vergangenheit haben wir sowohl in die Politik als auch ins Ministerium Daten gegeben. Unsere ungefähr 2.500 Einrichtungen kann man aus den Verwendungsnachweisen generieren, sobald sie von den Jugendämtern freigegeben sind. Das könnte aus unserer Sicht noch etwas zeitnäher geschehen. Dann würde man sehr schön sehen, wohin die Reise geht. Die schon schlechten Zahlen, über die wir jetzt reden, sind veraltet und gegenüber der tatsächlichen Situation eigentlich noch viel zu gut.

Bei einer Analyse sieht man, wie das System auf welchen Bereich wirkt. Das ist auch eine Frage der Finanzierungssystematik. Was Herr Wenzel gesagt hat, kann man nur unterstreichen. Diejenigen, die gute Tarife zahlen, weil die Erzieherinnen ihr Geld eben auch wert sind, kommen in der Regel schlechter mit den Pauschalen hin als diejenigen, die mit anderen Tarifstrukturen arbeiten. Es gibt einen weiteren Nachteil für kleine Einrichtungen, die ihre Fixkosten nicht mehr wie früher über den Sachkostenbereich decken können, sondern irgendwie über relativ wenige Kind-Pauschalen abdecken müssen.

Das ist eine gute Brücke zu der Frage hinsichtlich Eigentümer/Mieter. Es gibt ein großes Problem bei den älteren Einrichtungen. Das weiß jeder. Bauen wird ohnehin immer teurer. Für ältere Bauten wird es überproportional teurer. 95 % unserer Einrichtungen befinden sich in eigenen Gebäuden. Wären wir Mieter, gäbe es einen kleinen Abschlag bei der Kind-Pauschale. Der ist aber für eine dreigruppige Einrichtung nicht einmal vierstellig. Das heißt, aus der Differenz müsste man eigentlich sein Gebäude unterhalten und möglichst noch für ein neues ansparen. Das ist in praktisch allen Fällen unrealistisch. Deswegen läuft der Betrieb in all diesen Einrichtungen im Augenblick auf Verschleiß. Es können Notmaßnahmen gemacht werden. Mit den bereitgestellten Mitteln kann das benutzte Gebäude aber nicht unterhalten werden.

Gerade weil wir auch ältere Einrichtungen haben, ist ab und an ein Gebäude tatsächlich abgewohnt und müsste ersetzt werden, und zwar auch aufgrund der neuen Anforderungen, wonach mehr unter dreijährige Kinder andere Räume und ganz andere Zuschnitte benötigen als es in einer früheren Struktur der Fall war. Träger können mit dieser Finanzierungsstruktur heute nicht mehr investieren. Laut Gesetz gibt es Investitionszuschüsse nach Haushaltsvorbehalt. Dann müsste im Landeshaushalt auch einmal etwas dafür drinstehen. Dann könnte man das vielleicht machen. Soviel als Anregung für die künftigen Landeshaushalte.

Nach dem derzeitigen Stand ist es eigentlich nur möglich, als Mieter in eine Ersatzinvestition zu gehen und die Dinge einigermaßen über die Mietrefinanzierung zu finanzieren. Selbst das geht vor allen Dingen in kleineren Orten, in denen die refinanzierten Mieten nicht so hoch sind, schon nicht mehr auf. Deswegen wird es irgendwann problematisch, selbst dann, wenn man sich noch so sehr zusammenreißt. Ist der Investitionsbedarf unabweisbar, geht es eben nur noch mit Fremdmitteln, die nicht mehr in diesem System sind. Dann muss man mit dem Bürgermeister oder mit wem auch immer in die Einzelheiten gehen. Das System gibt es eigentlich nicht her. Je mehr Eigentümereinrichtungen man hat, umso schlimmer ist es natürlich. Selbst, wenn man versucht, irgendwelche Töpfe zu bilden, verteilen sich diese auf zu viele Leute. Damit kann man es nicht betreiben.

Lassen Sie mich allgemein einen Blick in die Zukunft werfen. Was wäre ein vernünftiges System? Es ist schon vielfach gesagt worden, es gab von Beginn an eine Unterfinanzierung. Wir haben einen gewissen Rückstand von 10 %, wie eben gesagt wurde. Ja, das kann man so sehen. Welche Dynamik wäre die richtige, wenn der Rückstand einmal aufgeholt wäre? Als die 1,5 % ins Gesetz geschrieben wurden, hat keiner geahnt, dass der Wert auf der Kostenseite so weit von der Realität entfernt ist, wie es sich jetzt darstellt. Schreiben wir heute beispielsweise 3 % hinein, damit wir mit den Tarifsteigerungen der letzten Jahre hinkommen, kommt im nächsten Jahr vielleicht doch eine größere Tarifstufe auf uns zu, wenn nun so verhandelt wird. Dann passt es auch schon nicht mehr.

Deswegen appellieren wir, ein dynamisches System zu gestalten, das sich den Anforderungen anpassen kann, zum Beispiel, indem man sich an den Personalkostensteigerungen orientiert. Es gibt Indizes, die man benutzen kann. Da wir ungefähr 90 % der Kosten als Personalkosten haben, wäre das eigentlich ein ganz guter Treffer.

Es wurde gefragt, was passiert, wenn nichts passiert. Wir hängen sehr an der Trägervielfalt und möchten unsere Einrichtungen behalten. Letzten Endes ist es im pauschalen System immer schwierig, wenn die Pauschalen steigen. Dann würden die Träger ihren Anteil mitbezahlen. Steigen sie nicht, trägt der Träger das gesamte Defizit. Dann wird man sich überlegen müssen, wie man das Defizit aufteilt, das der Träger nicht tragen kann. Das heißt, es muss eine Defizitübernahme aus irgendeinem Baustein des Systems geben.

Meine letzte Anmerkung bezieht sich auf die plusKITA und die Sprachförderung. Wir haben leider festgestellt, es gibt Einrichtungen, die mit dieser Regelung schlechter fahren. Es gab früher eine andere Sprachförderung, die fachlich durchaus in Zweifel gezogen wurde. Aber auch in den Einrichtungen, die heute nichts mehr bekommen, gab es Mittel und auch die Notwendigkeit, diese einzusetzen. Deswegen wäre es aus unserer Sicht notwendig, den Bedarf etwas besser abzubilden. Dass bei der Sprachförderung künftig möglicherweise über die Betreuung von Flüchtlingskindern noch einmal ganz neue Baustellen aufgemacht werden, erwähne ich nur am Rande. – Vielen Dank.

Klaus Eberl (Evangelische Landeskirche NRW): Frau Asch fragte, ob wir noch Zeit haben. Die Antwort lautet eindeutig Nein. Man muss nicht Mathematik studiert haben, um zu wissen, dass wir am Ende der Fahnenstange sind.

Herr Düngel, die Einrichtungen werden nicht 2017 abgegeben und geschlossen, sondern schon 2015 und 2016. Wir haben diese Entwicklung in Gelsenkirchen, in Solingen, in Moers und in vielen anderen Städten. An der Stelle wirkt sich eines aus. Herr Wenzel, Sie haben von den freiwilligen Zuschüssen der Kommunen gesprochen. Wo Kommunen freiwillige Zuschüsse geben können, ist in der Regel auch die Kirche relativ gut mit Kirchensteuermitteln ausgestattet. In der evangelischen Kirche haben wir das Ortskirchensteuerprinzip. In armen Regionen haben beide letztlich nicht die Möglichkeit zu finanzieren. Immer dann, wenn die Kirchengemeinde eine Einrichtung abgibt, wird die Kommune sie am Ende finanzieren müssen. Das ist für alle teurer.

Wir benötigen mehr Geld im System. Das kann nicht nur vom Land kommen. Unsere Erwartung als Kirche ist, die Kommunen müssen sich beteiligen. Wird die Konnexitätskarte gezogen, schaffen wir es nicht, die Trägervielfalt in unserem Land zu erhalten.

Das gleiche gilt übrigens meines Erachtens für den Bund mit Blick auf das Betreuungsgeld. Ich bin Vizepräsident der EKD-Synode und werde im November einen Beschluss vorbereiten, wonach diese Gelder in die Elementarbildung fließen müssen. – Ich gebe jetzt an Frau Siemens-Weibring weiter.

Helga Siemens-Weibring (Evangelische Landeskirche NRW) (Stellungnahme 16/2958): Herr Jörg, Sie fragten, wie wir die Situation einschätzen, dass der Elementarbereich überall in Deutschland unterfinanziert ist. Ich befürchte, das hängt mit dem zusammen, was wir schon lang kennen. Alle sagen, Elementarbildung ist uns sehr wichtig. Trotzdem ist im Hinterkopf noch der Gedanke, Erziehung kann jeder oder Kinder hat jeder. Das ist das Gedöns, was wir kennen. Das steht meiner Vermutung nach leider noch dahinter, wenn ich höre, das Geld soll nun in den Haushalt fließen.

Wir haben in unseren Einrichtungen hochspezialisierte Kräfte, die mit ihrer ganzen Kraft versuchen, die Defizite in der Gesellschaft auszugleichen. Sie tun das mit einer hohen Professionalität. Das kann nicht jeder. Das ist eine angemessene Belohnung wert. Das machen wir. Deshalb haben wir die Tarifverträge. Wir werden auch nicht unter Tarif gehen. Wir merken allerdings, dass unsere Kräfte am Ende sind, weil sie sehr viel über das hinaus leisten, was sie eigentlich laut Tarif zu leisten hätten.

Es wurde gefragt, ob wir den Weg der Landesregierung für richtig halten, gemeinsam eine Lösung zu finden. Natürlich. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe. Es wurde auch gefragt, ob wir eine Einigung für möglich halten. Ich schaue einmal Herrn Dr. Menzel an und sage, wir Christinnen und Christen leben aus der Hoffnung.

Auf die Frage, ob wir das Finanzierungssystem für angemessen halten, muss ich sagen, ich halte es nicht für angemessen. Eine Pauschalisierung lässt uns zu wenige Möglichkeiten, um auf bestimmte Situationen zu reagieren, wie wir sie zum Beispiel

im Moment haben. Herr Eilebrecht, ansonsten haben Sie zu dem dynamischen System genau das gesagt, was ich auch gesagt hätte.

Herrn Kern, Sie sprachen die gemeindliche Notlage an. Wir haben Rückmeldungen aus allen Gemeinden im Ruhrgebiet erhalten. Die Herbstsynode in Essen hat das Thema auf der Tagesordnung. Iserlohn, Solingen, Gelsenkirchen und Moers haben Schließungsbeschlüsse bzw. gehen jetzt an die Kommunen heran. Köln hat einen Brief der Superintendenten auf den Weg gebracht. In Recklinghausen bin ich in der nächsten Woche. Ich kann das weiter fortführen. Die Landessynode in Bielefeld wird das Ganze im November thematisieren. Die Lippische Landessynode hat es als Thema. Die EKD-Synode hat das Betreuungsgeld als Thema. Wir werden es auch im Januar bei der Rheinischen Landessynode verhandeln. Das kann ich einfach so fortführen.

Bei uns in den Gemeinden heißt es, an die Kita geht es zuletzt. Wir würden sie gerne weiter betreiben. Viele unserer Gemeinden haben ihre Kitas in Verbände oder Verbände gegeben. Der Zweckverband in Essen ist eine ähnliche Initiative, um zu sagen, wir versuchen zumindest zuerst einmal alles bei uns zu lösen, was in kleinen Einrichtungen nicht geschehen kann. Wir erleben, dass diese Verbände es auch nicht mehr halten können, weil das System so weit unterfinanziert ist. Es wird auf dem Rücken der Mitarbeitenden ausgetragen. Wir benötigen Zeit für Qualifizierung. Wir benötigen Zeit für den Urlaub. Wir erleben verstärkte Krankheitszeiten. All das kann nicht mehr aufgefangen werden. Wir sind überall am unteren Wert. Wir legen peinlichen Wert darauf, dass die Mittel für Integration auch dort ankommen. Trotzdem ist es manchmal schwierig, das hinzubekommen.

Frau Asch, Sie fragten, was passieren würde, wenn wir das dritte Mal Geld ins System geben und nur das Land Geld gibt. Die Verwaltungskosten würden noch weiter steigen. Diese sind jetzt schon überhaupt nicht auskömmlich. Die unterschiedliche Kraft in den Kommunen würde zum Tragen kommen. Die Elternbeiträge würden in vielen Kommunen zuerst einmal angehoben werden, weil wir als Träger rückmelden, wir können das nicht mehr wuppen. Das geht nicht mehr. Die Kommunen, die jetzt schon mehr Geld ins System geben können, werden es noch können, andere aber nicht. Ich denke dabei an das ganze Ruhrgebiet. Dann haben wir die unterschiedliche Behandlung von Eltern in verschiedenen Städten, die mehr oder weniger Kauf- und Finanzkraft haben, noch einmal deutlicher zementiert. Vor dem Hintergrund einer Bildungsgerechtigkeit ist das mehr als fatal. Wir benötigen eine flächendeckende gute Ausstattung und Finanzierung unserer Kitas, weil wir nicht nur Kitas in schwierigen Bereichen haben, sondern unsere Kitas in allen Bereichen stehen und auch Eltern in allen Bereichen diese Unterstützung und Hilfe benötigen.

Eine ausführliche Evaluation wäre schön. Aber ich bin wie Sie der Meinung, dass uns die Zeit dafür nicht bleibt, Frau Asch. Es ist für viele unserer Träger fünf nach zwölf, wenn auch nicht für alle. Das gebe ich zu. Es gibt Träger, bei denen es nicht so ist. Aber es ist für viele unserer Träger so. Deshalb benötigen wir dringend eine Revision. Wir benötigen zunächst einmal eine Finanzierung, die es in dem bestehenden System möglich macht, unsere Kitas über 2017 hinaus zu halten. Ich gehe nicht davon aus, dass wir vor der nächsten Wahl noch ein neues System bekommen. Aber

wir benötigen schon jetzt gemeinsame Überlegungen von vielen der hier am Tisch Sitzenden darüber, wie ein solches neues System aussehen könnte.

Herr Dr. Kerbein, einen Grund dafür, warum das Geld für plusKITAs überproportional bei bestimmten Einrichtungen liegt, kann ich nicht nennen. Dafür gibt es verschiedene Erklärungsversuche. Außerdem wird das über die Jugendämter gesteuert. Darauf haben wir an vielen Stellen überhaupt keinen Einfluss. – Danke.

Chantal Schalla (Kinder- und Jugendrat Nordrhein-Westfalen): Ich komme zu der Frage, inwiefern wir der Meinung sind, dass die Elementarbildung in Deutschland generell unterfinanziert ist. Der Meinung sind wir auch. Wir hören immer wieder tolle Lippenbekenntnisse, wonach eine Kindertagesstätte nicht nur Betreuung, sondern auch Bildung leistet. Wir saßen in der letzten Woche zur Partizipation in der Kita hier. Sie haben ganz viele tolle neue Ideen, was Erzieher machen sollen. Mit der Finanzierung kommen wir aber nicht hinterher. Dass es dann nicht funktioniert, ist klar.

Es wurde gefragt, inwiefern sich der Bund stärker in der Finanzierung engagieren sollte. Wir sehen in den Bereichen Flüchtlinge, Integration und Sprachförderung eine Möglichkeit für den Bund, noch stärker einzusteigen. Natürlich finden wir es gut, dass Politik und Träger gemeinsam an einer Lösung arbeiten wollen. Wir plädieren dafür, die Trägervielfalt dabei zu berücksichtigen und die privaten Träger mit ins Boot zu nehmen, auch wenn das gar nicht so viele sind.

Frau Asch hat angedeutet, eine Evaluation zu diesem Zeitpunkt wäre Zeitverschwendung. Wir sehen einerseits, dass jetzt gehandelt werden muss, um die Finanzierung sicherzustellen. Wir verstehen andererseits aber nicht genau, worin das Problem liegt, bei einem Notfallprogramm zu sagen, wir finanzieren jetzt zuerst einmal ausreichend und evaluieren trotzdem. Einige haben schon gesagt, die Struktur ist unserer Meinung nach Mist, daran sollten wir etwas machen. Ziel sollte es sein, die Struktur zu verändern und das System so dynamisch zu gestalten, wie Herr Eilebrecht es gesagt hat, damit die Träger nicht irgendwann wieder hier sitzen und um Geld bitten müssen, sondern in der Lage sind, mit den Mitteln auszukommen.

Klaus-Heinrich Dreyer (Landschaftsverband Rheinland): Die erste Frage betraf den Vergleich zwischen NRW und anderen Bundesländern. Ich gehe aufgrund der Studien der Bertelsmann-Stiftung davon aus, dass NRW relativ gut dasteht. Ich betone allerdings, dies ist relativ zu sehen. Ich mache es ganz konkret. Wir haben den Gruppentyp I mit bis zu sechs U3-Kindern und 14 Ü3-Kindern. Das finde ich schon grenzwertig. Rechnet man noch zwei Überbelegungskinder hinzu, ist meiner Meinung nach eine Grenze überschritten.

Der Gruppentyp III mit 20 und 25 Kindern ist im Prinzip der Standard der 90er-Jahre, als ob es die ganze Bildungsdebatte in der Bundesrepublik gar nicht gegeben hätte. Da besteht schon Handlungsbedarf, finde ich.

Die Landesregierung hat Recht, wenn sie gegenüber dem Bund fordert, die Milliarde für das Betreuungsgeld muss im Kita-System bleiben. Es ist völlig richtig, wenn sich der Bund an der Finanzierung des Bildungssystems an dieser Stelle beteiligt.

Ich nehme die Schlussfrage von Herrn Kern gleich dazu. Wir müssen uns alle Gedanken darüber machen, wie ein Kita-System unter Einbeziehung der vielen Flüchtlingskinder aussehen kann. Darauf haben wir alle im Moment noch nicht die richtigen Antworten. Ich finde es richtig, dass die Landesregierung dieses Brückenprojekt aufgelegt hat. Im Kern kann es aber nicht um Kitas für Flüchtlingskinder gehen, sondern die Kinder müssen in die Kitas integriert werden. Dann stehen wir vor der Frage, wie es mit zusätzlichen Investitionen aussieht.

Unabhängig von dem Thema haben wir viele sanierungsbedürftige Einrichtungen. Die Landesregierung hat 2012 oder 2013 das Sanierungsprogramm eingestellt. Ich bekomme relativ häufig Anfragen nach Sanierung. Andererseits muss ich ganz klar sagen, ich hätte dieses Programm als Landesregierung auch eingestellt. Im Rheinland gab es überhaupt keine Anträge. Bei uns in Westfalen gab es ein bis zwei Handvoll Anträge. Diesen Widerspruch kann ich auch nicht erklären.

Herr Kern sprach eine dynamische Anpassung an. Ich lese einfach einmal vor, wie wir es als LWL mit den Zuschüssen für Kinder mit Behinderung gelöst haben. Wir haben in unseren Richtlinien eine Regelung, die lautet:

Die Zuwendungen ändern sich jährlich entsprechend den Tarifabschlüssen für kommunale Angestellte, Tarifgruppe ... Die Änderung wird ab Beginn des auf die Änderung der Vergütung folgenden Kindergarten-Jahres wirksam.

Kommen Sie nicht zu einer wirklich nachhaltigen Anpassung der KiBiz-Pauschalen, befürchte ich, wir sitzen in zwei bis drei Jahren wieder hier und sprechen über dasselbe Thema. Trotzdem finde ich den Weg der Landesregierung völlig richtig, auf Basis der Stichprobe von 200 Kitas in Gespräche darüber einzutreten, wie man einen einvernehmlichen Weg erreichen kann. Aber das Zeitfenster ist klein. Ich gehe davon aus, dass eine Lösung im Rahmen des Haushaltsgesetzes 2016 bis Ende des Jahres erreicht sein muss.

Marita Haude (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen): Auf die erste Frage von Herrn Jörg zur Unterfinanzierung im Elementarbereich sage ich eindeutig Ja. Allen, die in diesem Feld unterwegs sind, ist das seit vielen Jahren bekannt, ohne dass sich irgendetwas Entscheidendes geändert hätte. Im Weiteren kann ich mich eins zu eins dem anschließen, was Frau Siemens-Weibring dazu ausgeführt hat.

Zur Frage von Herrn Jörg, ob die Finanzierungssystematik des KiBiz richtig ist, sage ich nach heutigem Stand, die Höhe der Pauschalen ist stichhaltig dafür, dass es nicht ausreicht. Wir merken aber auch, die Finanzierungssystematik im KiBiz gerät an ihre Grenzen. Viele Anforderungen, die sich im Laufe der Jahre entwickelt haben, lassen sich über diese pauschalierte Finanzierung gar nicht so abbilden. Wir haben zum Beispiel gar nicht damit gerechnet, dass der Gruppentyp I in der Kürze der Zeit so umgesetzt wird, wie wir ihn heute haben. Wir haben gedacht, diese ursprünglichen Kindergartengruppen des Typs III würden sich viel länger halten. Da straft uns die Praxis Lügen. Die Entwicklung ist an dieser Stelle völlig anders als wir es gesehen

haben. Meines Erachtens ist die Systematik im KiBiz nicht flexibel genug, um auf diese Anforderungen reagieren zu können.

Herr Kern hat danach gefragt, ob die anstehenden Tarifverhandlungen Auswirkungen für die freien Träger haben und wenn, welche. Natürlich müssen sich auch die freien Träger an den TVöD anpassen. Wir haben einen Fachkräftemangel. Als freier Träger – egal, in welcher Trägerschaft – können Sie es gar nicht mehr wagen, untertariflich zu bezahlen, weil Sie keine Mitarbeiter mehr finden werden, die für einen geringeren Lohn kommen. Ich glaube, alle in diesem Raum sind der Ansicht, es ist richtig und gerechtfertigt, dass dieser verantwortungsvolle Beruf einer Erzieherin auch tariflich eine Aufwertung erfährt. Ohne vorgreifen zu wollen, können wir alle davon ausgehen, was ver.di für die Mitarbeiterinnen in diesem Bereich erreichen wird, zieht eine deutliche Personalkostensteigerung nach sich.

Ich habe in unserer Stellungnahme angemerkt, wir müssen an die Freistellungszeiten unserer Führungskräfte herangehen. Das ist ein deutlicher Eingriff in die Qualität. Herr Kern, Sie sagten eben, darunter leiden Vor- und Nachbereitungszeiten. Ja, damit fallen aber zum Beispiel auch Puffer für Randzeiten und entstehende Engpässe weg. Der im Rahmen des KiBiz einmal angedachte Vertretungspool lässt sich aus finanziellen Gründen gar nicht einrichten. Es wäre eine schöne Sache, wenn wir ihn hätten. Aber diese Mittel stehen dafür nicht mehr zur Verfügung.

Frau Asch fragte, ob man sich vorstellen kann, ohne kommunale Beteiligung Geld ins System zu geben. Ich muss ehrlich sagen, ich mag mir das gar nicht vorstellen. Kindertagesbetreuung ist eine gemeinsame Aufgabe, bei der ich auch die Kommunen deutlich in der Verantwortung sehe. Wir können die Kindertageseinrichtungen nicht auf der einen Seite mit einem immer umfassenderen Bildungsauftrag ausstatten und auf der anderen Seite nicht für eine entsprechende Refinanzierung der Aufgaben und Anforderungen sorgen. U3 ist da nur eine Geschichte. PlusKITAs sind eben schon als Beispiel genannt worden: Sprachförderung, Neuausrichtung, Sprachbildung. – Die zunehmende Flexibilität und die Diskussion um Randzeiten sowie der Trend zu immer mehr Über-Mittag-Betreuung sind Anzeichen dafür, dass sich kommunal Bedarfe entwickeln, die durch eine Refinanzierung mit Landes-, Kommunal- und Trägermitteln umgesetzt werden müssen.

Das Stichwort Notprogramm wurde genannt. Ich hatte in meinem Eingangsstatement sehr deutlich gesagt, ich halte das nicht für die richtige Maßnahme. Ein Notprogramm kann ich mir nur vorstellen, wenn es einzelne Einrichtungen betrifft. Ich gehe aber davon aus, dass ein Großteil unserer Einrichtungen mit Blick auf die Auskömmlichkeit der Finanzierung bedroht ist. Ein Notprogramm scheint mir nicht die richtige Maßnahme zu sein. Um den Rückzug von freien Trägern in diesem Feld verhindern zu können, benötigen wir eine deutliche Anpassung des jährlichen Erhöhungsfaktors, aber auch der Kind-Pauschalen insgesamt.

Dr. Matthias Menzel (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW): Herr Jörg, Sie hatten nach dem Betreuungsgeld gefragt. Im Hinblick auf die knapp 1 Milliarde €, die zur Disposition steht, sind die kommunalen Spitzenverbände der Auffassung, dass das Geld den Tageseinrichtungen zugutekommen sollte. Man

könnte das Geld in den Platzausbau investieren, also investiv U3 und – ganz wichtig – auch Ü3. Gerade im Ü3-Bereich haben wir durch den Zuzug der Flüchtlinge in den nächsten Jahren wahrscheinlich noch ganz andere Bedarfe als die, von denen wir aktuell ausgehen.

Was die bundesweite Unterfinanzierung angeht, kann ich mich eins zu eins den Ausführungen von Herrn Dreyer anschließen. Wir sind ebenfalls der Auffassung, dass NRW tendenziell gut aufgestellt ist, allerdings nur tendenziell und mit den üblichen Problemen, die inzwischen geschildert worden sind.

Herr Jörg, Sie hatten uns gefragt, ob es ausreicht, 200 Einrichtungen zu evaluieren. Wir können nur sagen, das ist mit uns abgestimmt worden. Wir waren mit dem Verfahren einverstanden. Hätte man das repräsentativ machen wollen, wäre man bei weitem nicht mit 200 ausgekommen. Dann hätte man wahrscheinlich mehr als 1.000 Einrichtungen nehmen müssen. Das wäre vom Aufwand her enorm gewesen. Wir hoffen nach wie vor, durch eine geschickte Auswahl von 200 Einrichtungen mit unterschiedlichen Parametern hinreichende Informationen für eine Reform des Finanzierungssystems zu bekommen und Aussagen zur Frage der Auskömmlichkeit treffen zu können.

Sie fragten auch, ob eine Einigung jenseits der Konnexitätsfrage möglich ist. Wir haben das Problem, auf Konnexität nicht verzichten zu können. Würden wir das machen, gäbe es Proteste unserer Mitgliedskommunen. Vor allen Dingen die Kämmerer würden anrufen und fragen, was wir machen, weil wir unserer Aufgabe nicht gerecht würden. Wir können nicht auf Konnexität verzichten. Aber wir möchten in faire Verhandlungen mit dem Jugendministerium eintreten, wenn die Zahlen vorliegen. Dies soll unter Berücksichtigung der beiden Gutachten von Prof. Schmidt und Prof. Löwe geschehen. Dann wird sich zeigen, ob man zu einer sinnvollen und brauchbaren Einigung kommen kann.

Herr Kern hat die Trägervielfalt angesprochen. Das ist durchaus unser Thema. Wir sind für Trägervielfalt. Zum Erhalt der Trägervielfalt gehört, dass vor allen Dingen die Kommunen nach wie vor Interesse daran haben, Einrichtungen selbst zu unterhalten. Notwendige Reformschritte – Absenkung des vergleichsweise hohen kommunalen Anteils – habe ich eben bereits erwähnt. Die meisten Kommunen versuchen, auf jeden Fall eine kommunale Einrichtung zu vermeiden, wenn eine neue Tageseinrichtung gegründet wird. Vor dem Hintergrund des vergleichsweise hohen Trägeranteils wäre es finanziell einfach unvernünftig, das zu machen. Unseres Erachtens muss daran etwas geändert werden.

Frau Asch, Sie sind darauf eingegangen, ob es sinnvoll wäre, eine volle Evaluation durchzuführen. Dazu kann ich auf meine Ausführungen von vorhin verweisen. Wir sollten im Einzelnen abwarten, wie sich die Zahlen nach den auf den Weg gebrachten Umfragen darstellen. Das Zahlentableau ist sehr differenziert. Wir gehen davon aus, dass sich eine entsprechend differenzierte Aussagekraft ergeben wird.

Es wurde nach den Gutachten und unserer Position dazu gefragt. Wir haben uns bislang weder dem einen, noch dem anderen Gutachten angeschlossen. Fakt ist, wir

können aufgrund der Finanzknappheit der Kommunen nicht generell sagen, wir verzichten auf Konnexität. Wir sind sozusagen verhandlungsbereit.

Vorsitzende Margret Voßeler: Danke schön, Herr Dr. Menzel. – Es gibt noch eine Nachfrage von Herrn Wegner.

Olaf Wegner (PIRATEN): Meine Frage richtet sich an die Vertreter der Träger, also an die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, das Evangelische und das Katholische Büro, an den Landeselternbeirat, an den Verein Eltern helfen Eltern e. V. und an den KiTa-Zweckverband im Bistum Essen. Sie haben uns schon sehr deutlich gesagt, dass es zumindest an vielen Stellen schon kurz nach zwölf ist. Ob es drei, fünf oder sechs Minuten nach zwölf ist, sei dahingestellt. Auf jeden Fall ist es Ihren Aussagen nach schon fast zu spät.

Als ganz großer Punkt wurde die Auskömmlichkeit der Pauschalen genannt. Das ist der Kern. Es wurde immer wieder von der dynamischen Erhöhung gesprochen. Bei einer dynamischen Erhöhung muss ich mich auf einen Index einigen, der die Realität für beide Seiten halbwegs gut abbildet. Sehen Sie es unter den derzeitigen finanziellen Vorbehalten aller als realistisch an, sich auf einen Index zu einigen, der für beide Seiten wirklich realistisch ist? Man hat nichts von einem Index, wenn man sich auf einen solchen einigt und dann ein Jahr später merkt, er lag so stark daneben, dass man damit gar nicht klarkommt.

Sie haben sicherlich einmal ausgerechnet, welche Erhöhung Sie durchschnittlich benötigen würden, um den derzeitigen Status quo zu halten. Nehmen wir an, die aufgelaufenen Defizite könnten von heute auf morgen mit einem Fingerschnipp ausgeglichen werden. Welche Erhöhung wäre Ihrer Meinung nach durchschnittlich bei den Pauschalen angemessen und richtig? Ich verstehe es, wenn Sie in der Diskussion dazu keine Zahl nennen möchten. – Vielen Dank.

Walter Kern (CDU): Danke für die erste Antwortrunde. Ich habe noch zwei oder drei Nachfragen.

Aus meiner Sicht ist eines deutlich zum Ausdruck gekommen. Aufgrund der Personalsituation stellt sich die Frage nach der Qualität am Kind. Vielleicht kann der Vertreter der Evangelischen Kirche oder Frau Haude etwas dazu sagen, wie die Situation zurzeit aussieht. Wir sprechen davon, im Hauptzweck die Kinder zu Glück und Seligkeit führen zu wollen. Da scheint Gefahr im Verzug zu sein.

Herr Dr. Hamers, Sie haben in Ihrer schriftlichen Stellungnahme dargestellt, sich vorstellen zu können, durch eine Einmalhilfe zuerst einmal wieder einen Standard zu erreichen, damit man im Anforderungsprofil bestehen kann, wenn ich das richtig verstanden habe. Können Sie das bestätigen?

Eine Frage richtet sich an Herrn Dreyer und Frau Haude. Sie treibt einen um, wenn es um Inklusion geht. Wie ist das mit den behinderten Kindern? Sie haben in kurzen Formulierungen angedeutet, wir laufen Gefahr, die dafür vorgesehenen Mittel gar nicht mehr für dieses wichtige Ziel zu verwenden.

Ich habe auch an die katholische Kirche noch eine Frage. Derzeit läuft die Befragung von 200 Einrichtungen. Man kann sagen, das ist eine saubere, strategische Maßnahme. Sie sagten aber sehr deutlich, sie basiert auf veralteten Zahlen. Das ist wieder gefährlich. Sie sagten, die Zahlen sind nicht mehr aktuell, sondern im Verhältnis zur heutigen Situation im Grunde genommen wie Schlaraffia. Ich will das aus meiner Sicht so sagen.

Zum Schluss habe ich eine Frage an Herrn Dr. Menzel. Es wurde verschiedentlich gesagt, die rund 1 Milliarde € sollte vom Bund weitergeleitet werden. Bei dem Betrag ist die Versuchung groß. Woher nehmen Sie das Selbstbewusstsein, dass diese Landesregierung das auch tun würde? Beim Bafög hat sie gezeigt, dass sie sich auch anders verhalten kann. Allein mir fehlt der Glaube. Das sage ich einmal so. – Dabei belasse ich es.

Vorsitzende Margret Voßeler: Weitere Fragen sehe ich nicht. Daher treten wir in die letzte Antwortrunde ein. – Ich fange wieder in der anderen Reihenfolge an. Herr Dr. Menzel!

Dr. Matthias Menzel (Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW): Wenn ich das richtig sehe, habe ich nur eine Frage zu beantworten. Es geht um die 1 Milliarde € an Bundesmitteln und darum, ob die Landesregierung das Geld weiterreichen würde. Daran glauben wir ganz fest nach dem Prinzip Hoffnung. Würde die 1 Milliarde € vom Bund tatsächlich ausgekehrt, ergäbe sich für NRW möglicherweise ein Betrag von rund 200 Millionen €. Ich halte es nicht für politisch machbar und zielführend, das Geld im eigenen Haushalt zu belassen. Das kann ich mir nicht vorstellen.

Marita Haude (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen): Herr Wegner hatte nach einem möglichen Index gefragt. Es gibt Indizes, die angewandt werden. Es gibt einen Personalkostenindex. Man müsste einfach überprüfen, ob das die richtige Grundlage ist.

Ich tue mich schwer damit, eine Aussage darüber zu treffen, wie hoch eine neue Kind-Pauschale sein müsste. Man müsste analog zu dem System, wie die Pauschale damals ermittelt wurde, auf der heutigen Grundlage der Personalkosten eine entsprechende Pauschale ermitteln.

Zur Frage von Herrn Kern nach der Qualität der Arbeit kann ich sagen, jede Erzieherin und jeder Erzieher in unserer Einrichtung geht jeden Tag in die Kindertageseinrichtung und leistet dort gute Arbeit. Nur die Rahmenbedingungen für diese Arbeit werden immer schwieriger.

In verschiedenen Beiträgen wurde angemerkt, es wird immer mehr Flexibilität gefordert und es werden immer intensivere Betreuungszeiten von Eltern nachgefragt und in den Einrichtungen umgesetzt. Gleichzeitig steigen Krankenstände, aber auch Ausfallzeiten durch Fortbildung oder andere anstehende Dinge. Diese können aufgrund fehlender Vertretungskräfte häufig nicht mehr aufgefangen werden. Bei allem Wohl-

wollen, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Arbeit einbringen, kommen sie sehr deutlich an ihre Grenzen.

Herr Kern hatte an Herrn Dreyer und mich eine Frage zur Inklusion gestellt. Die Antwort hierauf überlasse ich Herrn Dreyer, weil er das Thema eben eingebracht hat.

Klaus-Heinrich Dreyer (Landschaftsverband Rheinland): Ich denke, das hat letztlich zwei konkrete Ausprägungen. Sind Träger weniger in der Lage, Vertretungskräfte zu finanzieren, besteht die große Sorge, dass die de facto vom LWL finanzierten Zusatzkräfte diese Aufgaben mit erledigen und der spezifische Auftrag zur Inklusion damit nicht mehr in dem Maße erfüllt werden kann.

Wir haben eine Co-Finanzierung aus KiBiz- und LWL-Mitteln, die aufeinander aufbauen. Fehlt beim KiBiz de facto ein Stückchen, kommt natürlich beim Kind mit Behinderung auch weniger Leistung an. Das muss man ganz klar sagen. Das ist so.

Walter Kern (CDU): Ich habe eine Zusatzfrage an die Evangelische Kirche. Sie haben eben von Schließungen gesprochen. Schließungen sind schon de facto entstanden. Können wir von Ihnen nachrichtlich Informationen erhalten, welche Standorte betroffen sind? Als Landespolitiker bekommt man nicht alle kommunalen Dinge mit.

Wenn es Schließungen gibt, gibt es auch Gefährdungspotenziale. Das müsste man informell klären. Ich denke, alle Fraktionen möchten hören, wo Gefahr im Verzug ist.

Vorsitzende Margret Voßeler: Danke schön, Herr Kern. – Frau Siemens-Weibring, Sie haben jetzt das Wort.

Helga Siemens-Weibring (Evangelische Landeskirche NRW): Bezüglich der Schließungen geben wir die Kitas häufig zuerst einmal ab, weil der Rechtsanspruch in der Kommune schließlich bestehen bleibt. Dann geht die Kita an die Kommune. Konkret gibt es einen Schließbeschluss in Gelsenkirchen. Dort werden zwölf von 20 Einrichtungen zurückgegeben. Wir haben Angaben von sechs Trägern in Moers, die ihre Einrichtungen zum übernächsten Kita-Jahr zurückgeben werden. In Essen werden zwei Einrichtungen ad hoc zurückgegeben. Ich kann noch mehrere Zahlen nachreichen. Das sind die Zahlen, die ich jetzt im Kopf habe.

Sie hatten noch einmal auf die Qualität hingewiesen. Wir haben in unseren evangelischen Kindertagesstätten flächendeckend damit begonnen, das Gütesiegel BETA einzuführen, seien sie nun bei Diakonie oder verfasster Kirche angesiedelt. Das ist ein bundesweit anerkanntes Gütesiegel, welches Qualität in ein QM-System bringt. Das wird gut angenommen. Über 100 unserer Kitas haben dieses Siegel schon. Weitere 150 Kitas gehen in das Siegel hinein. Das ist für uns ein Zeichen großer Qualität und großer Bereitschaft der Teams, sich auf diese Qualität einzulassen.

Wir merken gleichzeitig, die Krankenstände werden höher. Das hat Frau Haude schon angemerkt. Es gibt keine Freistellungen für die Leitungen mehr, weil damit Lücken geschlossen werden. Wir erleben, dass die Kräfte am unteren statt an einem oberen Wert angesiedelt sind.

Die Rahmenbedingungen werden immer schwieriger. Will jemand zu einer Fortbildung, ist das ein großes logistisches Problem für eine Einrichtung. Auch dort werden Eltern manchmal hinzugezogen. Das ist natürlich nicht der Sinn der Sache. Wir haben Schwierigkeiten, Leitungen zu bekommen, weil die zusätzliche Arbeit für Leitungen nicht mehr spannend ist. Das haben wir in Schulen mit den Rektoren und in Kindertagesstätten mit den Leitungen. Die fehlenden Vertretungen und die hohen Anforderungen aufgrund der vielen speziellen Probleme vor Ort sind schon genannt worden. – Jetzt gebe ich an Herrn Eberl weiter.

Klaus Eberl (Evangelische Landeskirche NRW): Herr Wegner hat nach einem Index gefragt. Die Lösung kann keine neue Zahl sein, die von der Wirklichkeit nach oben oder unten wieder überholt wird. Die Lösung kann nur eine dynamische Regelung sein, also eine Orientierung an der Personalkostenentwicklung. Was heißt das konkret? Wir sind im Moment in Tarifverhandlungen. Wir erwarten Abschlüsse zwischen 3,5 und 5 %, je nachdem, um welche Personengruppe es sich handelt. Das muss in der Steigerung abgebildet werden. Aber damit hat man noch nichts erreicht. Zusätzlich muss es eine Entlastung geben, damit die Träger wieder Luft zum Atmen bekommen. Sonst sagen Träger in der Tat: Wir können nicht mehr. Wir sind nicht mehr in der Lage, die Einrichtungen zu führen und müssen sie abgeben.

Wir benötigen beides. Das eine ist die Dynamisierung. Das andere ist, wir benötigen auch einen „Schluck aus der Pulle“, um wenigstens ein bisschen Zeit zu gewinnen. Das ist notwendig, um in ein anderes System einzusteigen.

Dr. Antonius Hamers (Katholisches Büro Nordrhein-Westfalen): Lassen Sie mich wiederum nur eine kurze Anmerkung machen. Dann gebe ich an Herrn Eilebrecht ab. Herr Kern, Sie fragten nach der Einmalzahlung. Eine einmalige Hilfe kann sich nur darauf beziehen, die aktuelle Not zu lindern oder ihr abzuhelpen. Langfristig betrachtet muss es natürlich zu einer anderen Finanzierung kommen.

Raimund Eilebrecht (Katholisches Büro Nordrhein-Westfalen): Das ist gerade schon gesagt worden, aber es ist wichtig genug. Man kann es noch einmal sagen. Letzten Endes macht man die Fehler, die man gemacht hat, nicht noch einmal. Das gilt auch für die Unschärfen in dem Gesetz. Man versucht jetzt, es so aufzusetzen, dass man weiterkommt. Um auf den heutigen Kosten aufzusetzen, gäben die Verwendungsnachweise eine gute Möglichkeit. Dann wüsste man, wie hoch die Personalkosten in einer Einrichtung sind und wie viele Stunden man für eine vernünftige Ausstattung benötigt. Man könnte mit ein paar Statistikern an Bord daraus sicherlich einen guten Basisbetrag ermitteln, von dem aus man die weitere Zukunft gestalten könnte. Es geht nicht darum zu sagen, wir sind über die Jahre 10 % ins Hintertreffen geraten. Man sollte jetzt wirklich auf die Kostenbasis schauen und noch einmal neu anfangen.

Eben ist eine Frage zur Dynamik gestellt worden. Die Kosten des Personals sind die weitaus Wichtigsten. Dass Kosten aus den Tarifsteigerungen abgebildet werden, gibt es in ganz anderen Bereichen. Ich erinnere an die Rentenformel. Die Entwicklungen,

die es gegeben hat, arbeitet man in eine entsprechende Basis ein. Daran mögen sich die Statistiker und Fachleute setzen. Das wird schon gehen und zu vernünftigen Lösungen führen.

Lassen Sie mich noch eine Klarstellung zur Aktualität der Zahlen vornehmen. Ich muss präzisieren, was ich eben gesagt habe. Wir haben jetzt diese Erhebungen mit 200 Einrichtungen. Das sind ein bisschen mehr als 2 %. Dabei kann man nicht wirklich von Repräsentativität sprechen. Ich würde nicht sagen, diese Zahlen sind nicht aktuell. Nein, man versucht, wirklich alles Mögliche aktuell mit hineinzunehmen. Das muss man dem Verfahren zugestehen. Aber man kann es nicht repräsentativ machen. Insofern muss man sich fragen, welche Erkenntnis man daraus gewinnt.

In den Verwendungsnachweisen werden jedes Jahr fleißig Daten erfasst. Nach Freigabe durch die Jugendämter können sie je Trägergruppe heruntergeladen und vielfältig ausgewertet werden. Wir machen das eigentlich von Anfang an, um ein bisschen Controlling zu haben und zu sehen, wohin es läuft. Deswegen kennen wir unsere durchschnittlichen Personalkosten für die pädagogischen Kräfte pro Wochenstunde. Dann kann ich ausrechnen, wie viele ich davon benötige.

Wir haben bislang nur bis 2011/2012 gute Daten. Die Daten für 2012/2013 liegen einigermaßen vor. Sehr viele dieser Verwendungsnachweise sind von den Jugendämtern in den Kommunen noch nicht freigegeben. Dann kann man sie eben auch nicht herunterladen und damit arbeiten.

Im KiBiz ist inzwischen mit einem Zeitstempel versehen, wann die Freigabe sein soll. Nach Freigabe haben die Daten den Vorteil, geprüft und über mögliche Zweifel erhalten zu sein. Deshalb wäre es ein guter Weg, mit diesen Daten eine gute Basis zu finden und über einen Index eine dynamische Lösung aufzusetzen.

Attila Gümus (Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen NRW): Wir wurden von der Piraten-Fraktion nach einem Index und der dynamischen Erhöhung gefragt. Das wüssten wir tatsächlich gern selbst. Deswegen haben wir in unserer Stellungnahme mehr Transparenz angemahnt. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Die Frage der Essenzubereitung betrifft Eltern direkt. Wir wüssten gerne, was eine traditionelle Zubereitung im Gegensatz zu der Lieferung durch ein Catering-Unternehmen kostet, um faktische Zahlen zu haben. Ich bin auf der Suche und frage bei den einzelnen Trägern und Kommunen nach einer Kalkulation. Ich bekomme bisher kaum Antworten, weil solche Kalkulationen entweder gar nicht existieren oder die fraglich ist, ob Quersubventionierungen dahinter stecken. Ich wünsche mir, dass die Eltern mehr mitgenommen werden und gerade bei den Sachen, die sie mit zu entscheiden haben, in Zukunft mehr Transparenz in der Finanzierung geschaffen wird.

Beate Heeg (Eltern helfen Eltern e. V.): Ich kann es eigentlich nur wiederholen, aber ich mache das, weil es so wichtig ist, es deutlich zu machen. Wir benötigen eine Steigerung. Jeder Elternteil in einer Elterninitiative schaut mit gemischten Gefühlen auf die Tarifverhandlungen. Die Streiks selbst betreffen uns in der Elterninitiative nicht. Wir wissen trotzdem, Gehälter und Eingruppierungen müssen steigen. Wir haben eine Personalbörse mit ehemaligen Leitungen, die sagen: Ich suche eine neue

Stelle, aber auf keinen Fall wieder Leitung. Für diese 50 oder 100 € im Monat tue ich mir diesen Stress einfach nicht mehr an, sondern gehe einfach in die Gruppenleitung zurück.

Wir möchten im Zuge des Erzieherinnenmangels weiter nach TVöD bezahlen. Das ist unbedingt erforderlich. Kommt der neue Abschluss und wir können ihn nicht mehr mitfinanzieren, haben wir die Sorge, dass die Erzieherinnen in städtische Einrichtungen abwandern. Die städtischen Einrichtungen kommen nämlich nicht aus dem System heraus. Dort gibt es keine Verhandlungsmasse wie bei uns, wo immer an die gutmütigen Erzieherinnen appelliert wird, doch in einem Jahr auf ihr Jahressonderentgelt zu verzichten oder die betriebliche Altersvorsorge, die im GTK seinerzeit noch zusätzlich finanziert wurde, wieder „herauszurücken“ und in die Entgeltumwandlung einzusteigen.

Die ganze Diskussion um Konnexität ist mir befremdlich. Wenn wirklich eintritt, was die Evangelische Kirche, die Katholische Kirche und wir sagen und den Kommunen diese Einrichtungen zurückgeben, haben Sie ein ganz anderes Problem, nämlich Hunderte von Kindern, die keinen Platz haben. Von daher kann ich nur an Sie appellieren, das zu unterstützen, damit wir im Sinne der Subsidiarität viele freie Träger im Lande haben.

Peter Wenzel (KiTa-Zweckverband im Bistum Essen): Ich beschränke mich auf die an mich gestellten Fragen, nutze aber die Gelegenheit, um deutlich zu machen, dass gerade in Ihrem Ausschuss besonders viel Fachkompetenz vorhanden ist, Frau Voßeler. Das merkt man an den Fragen, die differenziert von den einzelnen Fraktionen dargestellt werden.

Ich möchte auf einen besonderen Effekt hinweisen, der sicherlich nicht gewünscht, aber im System angelegt ist. Das Land spart 5 % Trägeranteil, wenn ein freier Träger seine Einrichtung an die Kommune abgibt. Das muss man wissen. Das ist mit Sicherheit nicht beabsichtigt, ist aber die Realität. Das ist ein wichtiger Ansatz.

Herr Dr. Menzel, ich finde ebenfalls, es ist die Frage, wie viele Einrichtungen man für die Untersuchung benötigt. Ich kann nur herzlich einladen. Wir haben 271 Einrichtungen. Alle unsere Daten sind vorhanden. Man muss nur hineinsehen. Wir können alles nachweisen. Die Frage nach der Aktualität der Zahlen wurde aufgeworfen. Tagesaktuelle Zahlen wird es nie geben, weil die Verwendungsnachweise selbstverständlich Zeit erfordern. Diskutieren wir jetzt über die aktuellen Zahlen, ist es auf die letzten zwei Jahre rückwärtsgewandt. Wir müssen uns mit der Fragestellung auseinandersetzen, wie wir mit dieser Tarifsteigerung klarkommen.

Herr Wegner, Sie fragten, um welche Prozentzahl regelmäßig erhöht werden muss. An der Stelle wird deutlich, das System ist nicht praktikabel. Ich will nicht sagen, es ist falsch. Aber es gibt eine Annäherung. Herr Eilebrecht hat es gerade sehr schön beschrieben und erläutert. Man kann eine Verbesserung erzielen. Das System muss überdacht werden, weil wir die exorbitante Tarifsteigerung dieses Jahres mit diesem System nie und nimmer abbilden können, sei die Steigerung auch noch so berechtigt.

Der Landesregierung lag 2011 das Ergebnis der Prognos-Studie vor. Wir haben jetzt eine erneute Untersuchung. Sie hat deutlich auf bestimmte Faktoren hingewiesen. Nutzt man diese Erkenntnisse aus dem Jahr 2011, kann man schon einiges tun.

Vorsitzende Margret Voßeler: Danke schön, Herr Wenzel. – Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. – Herr Preukschat möchte noch etwas anfügen.

Marcel Preukschat (Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen NRW) (Stellungnahme 16/2995): Ich bin Marcel Preukschat vom Landeselternbeirat NRW. Ich möchte die Ausführungen von Herrn Gümus in Bezug auf die Frage von Herrn Wegner noch ergänzen. Es ging um die Frage, in welcher Form dieser Index angepasst werden müsste, um den Status quo zu halten. Aus unserer Perspektive kann es gar nicht das Ziel sein, den Status quo zu halten. Das Thema wurde heute besprochen. Wie können Defizite abgebaut werden? Wie kommen wir auf einen grünen Zweig? Aus unserer Perspektive ist es ganz klar das Ziel, die Qualität in den Kitas zu erhöhen und den Personalschlüssel entsprechend zu verbessern. Das ist wahrscheinlich nicht machbar, wenn wir einfach nur den Status quo halten.

Vorsitzende Margret Voßeler: Danke schön, Herr Preukschat. Das war sozusagen das Schlusswort. – Damit sind wir am Ende der heutigen Anhörung. Ich möchte mich noch einmal ganz ausdrücklich und herzlich bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie heute Nachmittag zu uns gekommen sind. Das Protokoll wird Ihnen wie immer zugänglich gemacht. Sie kennen das.

Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg und einen schönen Abend. Herzlichen Dank!

gez. Margret Voßeler

Vorsitzende

04.11.2015/06.11.2015

160

